

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

1976 | 4

1976

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18289>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 1976 / 4, Jg. 2 (1976),
Nr. 4. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18289>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons -
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/
Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz
finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons -
Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

2. Jahrgang Nr. 4 - Oktober 1976

Nachrichten und Informationen: Wiener Tondokumente - Hamburger Tondokumente - Fernsehmagazine - Musik in den Massenmedien	Seite 1
Schwarzes Brett: Zerrstück - An die Redaktion der MITTEILUNGEN	Seite 2
Zur 7. Jahrestagung Kiel 1976	Seite 6
Dietrich Schwarzkopf: Drei mal drei gleich NDR Erfahrungen mit einer Mehr-Länder-Anstalt	Seite 10
Paul Felix Lazarsfeld 1901 - 1976	Seite 22
Bibliographie Zeitschriftenlese	Seite 26
Besprechungen: P. Gödeke	Seite 29
Friedrich P. Kahlenberg: Rundfunk und Museum	Seite 30

Auch wenn die Nr.4/76 der MITTEILUNGEN aus technischen Gründen etwas verspätet erscheint, so schließt sie doch den zweiten Jahrgang ab, der mit vier Ausgaben sozusagen ein Normaljahrgang war; der 1. Jahrgang (1975) umfaßte nach dem Start im Oktober 1974 insgesamt fünf Nummern. Mit neun Ausgaben liegen jetzt fast 300 Seiten Text vor, Grund genug, sie binden zu lassen. Dazu bedürfte es freilich eines Einbanddeckels. Wenn aus dem Kreis der Leser und Bezieher in genügender Zahl entsprechende Wünsche an die Redaktion herangetragen werden, wäre die Herstellung eines entsprechenden Einbands - zunächst zusammengefaßt für die Jahrgänge 1 und 2 - zu erwägen. Dazu gehörte dann auch ein Gesamt-Inhaltsverzeichnis für die beiden ersten Jahrgänge. - Nr. 4/76 bietet von der 7. Jahrestagung in Kiel einige Zitate aus der Rede des Vorsitzenden, Pressestimmen und das Referat des stellvertretenden NDR-Intendanten Schwarzkopf im vollen Wortlaut. Der Text des Vortrags von Th.V.Adolph über "Rundfunk in Skandinavien" ist für Nr. 1/77 vorgesehen. Erstmalig erscheint in der Sparte Bibliographie, die bisher von Ansgar Diller gefüllt wurde und fortgesetzt werden soll, eine Zeitschriftenlese, die Arnulf Kutsch zusammengestellt hat und weiterführen will. - Die außerordentliche Mitgliederversammlung in Kiel hat am 4.9.76 die wegen der steigenden Kosten unerläßlich gewordene Beitragserhöhung beschlossen. Der Vorstand wird Anfang Januar 1977 in einem Rundschreiben an alle Mitglieder noch einmal auf die neuen Beitragssätze hinweisen und unter Angabe der Kontonummer um baldige Zahlung bitten.

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Wiener Tondokumente

Die Österreichische Phonotheek in Wien hat zwei neue Kataloge herausgegeben. Ein "Katalog historischer Tondokumente 1900 - 1942" umfaßt historische Tonaufnahmen, deren älteste ein Stimmporträt Kaiser Franz Josef I. und deren jüngste eine Rundfunkreportage vom deutschen Angriff auf Jugoslawien ist. Ein zweiter "Katalog der Tonbandaufnahmen 1974" enthält in den Sparten Politik und Zeitgeschehen, Wissenschaft Theologie, Religion, Religionsgemeinschaften, Musik und Musiktheater, Literatur, Theater, Film alle Tonaufnahmen der Phonotheek aus dem Jahre 1974, soweit sie derzeit zum Abhören zur Verfügung stehen. Der Katalog ist mit einem Sachregister, einem Titelverzeichnis Musik, einem Titelverzeichnis Literatur und einem Personenregister ausgestattet.

(DRA)

Hamburger Tondokumente

Auf die von Dietrich Lotichius herausgegebene Katalogreihe "Tondokumente im Schallarchiv des Norddeutschen Rundfunks" war in Nr. 1/76 der MITTEILUNGEN hingewiesen worden. In der Neubearbeitung durch Marion Landau M.A. erschien im Mai 1976 Band 1 der Reihe, der Tondokumente zur Zeitgeschichte aus den Jahren 1945 bis 1949 verzeichnet (117 und XIX S.). Der Band ersetzt die 1972 erstellte Loseblattsammlung. In der Neubearbeitung wurde die formale und inhaltliche Beschreibung der 266 Tondokumente und 47 Hörspiele - darunter 35 Folgen der Reihe "Goethe erzählt sein Leben" von Hans-Egon Gerlach aus dem Jahre 1949 - den in den Bänden 2 bis 4 der Katalogreihe beachteteten Prinzipien angeglichen. Die chronologisch angeordnete Reihe der Einzelbeschreibungen ist durch ausführlich gearbeitete Personen- und Sach- mit Titelindices erschlossen. Unter den Schlagworten Rundfunk, Presse und Film weist der Sachindex je 26, 6 und 42 Aufnahmen nach. Angesichts des spürbaren Mangels an audiovisuellen Primärquellen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit darf gerade dieser Band der Katalogreihe der Beachtung durch die zeitgeschichtliche Forschung sicher sein. (FPK)

Fernsehmagazine

In der Reihe seiner "Bild- und Tonträger-Verzeichnisse" bringt das Deutsche Rundfunkarchiv einen neuen Band (Nr. 6 der Reihe) heraus: "Magazinbeiträge im Deutschen Fernsehen. Band 2: 1966 - 1969". Der von Ernst Loewy zusammengestellte Band verzeichnet 716 Sendungen (mit etwa 3500 Einzelbeiträgen) der folgenden Fernsehmagazine aus dem Ersten Programm: Bericht aus Bonn, Blickfeld, Kontraste, Monitor, Panorama, Report (München), Report (Baden-Baden), Titel Thesen Temperamente und Weltspiegel. Er führt damit eine Katalogreihe weiter, deren erster Band den Zeitraum von 1960 - 1965 umfaßt, ein Zeitraum, in dem die Mehrzahl der oben genannten Magazine entstanden ist. Ein parallel zu dieser Katalogreihe erschienenenes Verzeichnis "Kulturmagazine der Deutschen Fernsehprogramme 1964 - 1973", zusammengestellt und bearbeitet von Achim Klünder, ergänzt die Reihe und gibt zusammen mit dieser einen umfassenden Überblick über diese zeitgeschichtliche bedeutende Fernsehsparte im Bereich der ARD. Die Einzelbeiträge in diesen Katalogen sind durch knappe Inhaltsangaben charakterisiert und werden durch ein Personen- und Sachregister erschlossen. Kurze Angaben über die dokumentierten Magazinreihen (Redaktionsleitung, Moderation, Erscheinungsweise, Einschaltquote etc.) schließen die Bände ab. Die Reihe sowie ein Falblatt über weitere Publikationen ist zu beziehen durch: Deutsches Rundfunkarchiv, Bertramstr. 8, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 590895/96.

Musik in den Massenmedien

Das Musikwissenschaftliche Institut der Universität des Saarlandes und die Fachgruppe Musik des Studienkreises, deren Sprecher Prof. Dr. Helmut Rösing ist, veranstaltet am 13. und 14. Mai 1977 im Konferenzgebäude des Funkhauses in Saarbrücken ein Syposium "Musik in den Massenmedien". Parallel dazu läuft vom 12. bis 15. Mai in Saarbrücken die Veranstaltungsreihe des Saarländischen Rundfunks "Musik im 20. Jahrhundert". Im Rahmen des Syposiums werden etwa zwölf Referenten aus ganz Deutschland zum Thema Stellung nehmen. Das genaue Programm des Symposiums bringen die MITTEILUNGEN in Nr. 2/1977.

SCHWARZES BRETT -----

Zerrstück

Der große Rahmen der deutschen Rundfunkgeschichte kann inzwischen als abgesteckt gelten, und auch die Erforschung regionaler Rundfunkgeschichte ist ein gutes Stück vorangekommen, wenn freilich noch längst nicht abge-

schlossen. Daneben gibt es beachtliche Ansätze zur Rekonstruktion und Analyse der Programme. Weitgehend unbeackert ist hingegen noch das Feld der organisatorischen Feinstrukturen, z.B. die Geschichte einzelner Zwischen- und Nebensender und ihrer Programme. Frohgemut und voller Erwartungen greift man da zu Band 70 (1976) der "Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark", denn die Publikationen des "Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark" zeichnen sich im allgemeinen durch Qualität aus. Rudolf Schroeder hat dort jetzt auf 52 Druckseiten einen "Beitrag zur Frühgeschichte des Deutschen Rundfunks (1925 - 1930)" unter dem Titel "Hier spricht der Sender Dortmund" abgeliefert. Was ein fundierter kommunikationshistorischer Beitrag hätte werden können, gerann dem Autor dabei leider zu einer Lokal-Collage, die an keiner Stelle über den Dunstkreis von St. Reinoldi hinauskommt. Bezugslos verwurstet Schroeder, was ihm bei seiner Fleißarbeit in den Dortmunder Zeitungen der Jahre 1924 bis 1930 so über den Weg gekommen ist. Da werden Artikel über erste Initiativen zur Gründung einer Sendestelle der "Westdeutschen Funkstunde A.G." Münster im Ruhrgebiet mit Aktenpartikeln aus dem Dortmunder Stadtarchiv und dem Westfälischen-Wirtschafts-Archiv Dortmund kritiklos verklebt, und da geht es kunterbunt hüpfend von ersten Programmen über Werbeaktionen der Radiohändler zu Aktionen des Funkvereins Dortmund; eine wahre Echternacher Springprozession durch die Dortmunder Rundfunkgeschichte. Und weil's so schön spektakulär ist, wird zum Schluß ohne nähere Erläuterungen und Einordnung auch noch ein Artikel über die Massenkündigungen beim Westdeutschen Rundfunk Köln vom Oktober 1930 gleich mit verbraten, obwohl dies mit Dortmunder Rundfunkgeschichte nun absolut nichts mehr zu tun hat. Dazwischen versucht sich der Autor dann an Programmgeschichte, weiß z.B. zu berichten, daß der Schachfunk bei den Hörern beliebt war (woher weiß er das denn?), oder urteilt, daß in der Reihe "Fremde Länder und Menschen" eine Fülle interessanter Reiseeindrücke gebracht wurden. Das alles liest sich so, als ob es Rundfunk erst seit 1925 und nur in Dortmund gegeben habe. Daß Dortmund von Anfang an nur eine Filiale, und zwar eine provisorische Filiale des münsterischen Rundfunks bis zur Räumung des Ruhrgebiets sein sollte, erwähnt der Autor zwar am Rande, untersucht dieses Faktum und die sich daraus ergebenden Konsequenzen aber nicht näher. Woher soll er es auch wissen, denn für ihn gibt es außer den Dortmunder Zeitungen und den geringfügigen Aktenbeständen in den Dortmunder Archiven keine andere Quellen, geschweige denn Literatur. Er kennt weder die Untersuchungen von Bausch, Pohle und Lerg, nicht die Arbeit von Schütte über den regionalen Rundfunk, und selbstverständlich auch nicht dessen Aktenpublikation zur Frühgeschichte des Westdeutschen Rundfunks. Eine einzige Rückfrage beim WDR in Köln hätte ihn vor seiner kleinkarierten Nabelschau bewahren können. So aber bleibt nur festzustellen, daß sich an ein taugliches Forschungsobjekt ein offensichtlich überforderter Autor mit untauglichen Mitteln herangemacht hat. Das Ergebnis kann nicht überraschen: Zerrstück.

Wolf Bierbach

An die Redaktion der MITTEILUNGEN

Auf Einladung des Studienkrieses hatte ich Gelegenheit, auf dem diesjährigen Grünberger Doktoranden-Kolloquium ein kurzes Referat zu halten, in dem aus zweijähriger einschlägiger Arbeit für das Deutsche Rundfunkarchiv und jahrelanger Auseinandersetzung mit einem rundfunkhistorischen Dissertationsthema gewachsene Überlegungen zu Konzeption

und Quellenlage der Programmgeschichte des Mediums skizziert wurden.

Thematische Eingrenzung und Schwerpunkt des Vortrages waren meinerseits - soweit möglich - auf die übrigen Beiträge des Kolloquiums abgestimmt worden, um z.B. ein mehrfaches Referieren "handwerklicher" Grundinformationen und methodischer Möglichkeiten (quantitative Sekundäranalyse) zu vermeiden. Derartige Überschneidungen kamen auf der Grünberger Tagung auch nicht zustande, vielmehr ergänzten sich die einzelnen Beiträge - z.B. Kutsch eher pragmatisch-methodisch und mein eher konzeptionell-theoretisch orientierter - m.E. recht gut. Ich hielt daher die Idee, die beiden genannten Referate zusammen mit einem Bericht über die Tagung aus der Feder von Herrn Bierbach als Information über die Tagung in die MITTEILUNGEN zu setzen, für sinnvoll und stimmte dem Abdruck meines Referats in einer stilistisch leicht überarbeiteten Fassung zu. Mit einiger Verwunderung stelle ich nun in den vorliegenden MITTEILUNGEN fest, daß der Bierbach-Bericht mit dem ersten Tagungstag schließt und für den weiteren Verlauf auf die abgedruckten Referate und "die die nachfolgende Diskussion zusammenfassenden Bemerkungen W.B. Lergs" verweist. Bis hierher nur ein Einwand: Herr Lerg mußte nach dem Verlauf der Diskussion, speziell seinen Beiträgen zu dieser, eindeutig als Partei angesehen werden und somit kaum als prädestiniert für die Diskussion zusammenfassende Bemerkungen. Dieses Handicap hätte sich vielleicht ausgleichen lassen, wenn Herr Lerg versucht hätte, sachlich noch einmal seine in der Diskussion artikulierten Gegenposition für die Leser darzustellen. Damit wäre kein Bericht über die Diskussion gegeben worden, doch durch die Wiedergabe der zwei überwiegend zu Wort gekommenen Positionen ein sicherlich nicht ganz inadäquater Eindruck ihres Inhalts.

Die stattdessen von W.B. Lerg formulierten "Bemerkungen" sind allerdings - trotz der inzwischen offenbar stattgehabten Lektüre dreier Sammelbände zur Problematik der Sozialgeschichte - so wenig auf meine nachlesbaren Ausführungen und so sehr auf die Psyche des Auführenden ("mit beträchtlichem Selbstbewußtsein"/"Täuschung"/"Eigensinn"/"Aha-Erlebnisse"/"mit der resignativen Geste des Unverstandenen") bezogen, daß ich im Interesse der Sache nicht auf diese Mutmaßungen über meine Person antworten oder gar Gleiches mit Gleichem vergelten möchte. Gerade im Interesse der Sache und derjenigen Leser, die an ihr und nicht an persönlichen Querelen interessiert sind, möchte ich zu den in den Mittelpunkt der Diskussion gerückten Begriffen "Sektorforschung" und "integrale Aspektforschung" einen Literaturhinweis nachreichen:
Kocka, Jürgen: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. In: Kernig, C.D. u.a. (Hrsg.): Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. VI. Sp. 1 - 39.
Freiburg/Basel/Wien: Herder 1972.

Interessenten dürften durch diesen komprimierten Artikel, der zudem nur zum kleineren Teil hier relevante Fragestellungen behandelt, wesentlich leichter in die Lage versetzt werden, selbst die Implikationen der angesprochenen Begriffe in der Diskussion um Sozialgeschichte zu beurteilen, leichter jedenfalls als durch die Lektüre ganzer Sammelbände.

Ich bedaure den polemisch-persönlichen Ton, der durch die geschilderte unglückliche Berichterstattung über das Grünberger Kolloquium in die Überlegungen zu einer angemessenen und fruchtbaren Beschäftigung des Studienkreises mit Programmgeschichte eingeflossen ist. Gerade in Vereinigungen, die sich wissenschaftliche Förderung einer Sache zum Anliegen gemacht haben, sollte doch wohl das Argument zählen und nicht die Person eines "Hamburger Junghistorikers" oder Münsteraner Professors. Vielleicht sollte in diesem Sinne zukünftig auch die Redaktion der MITTEILUNGEN bei Berichterstattung über kontroverse Diskussionen mehr Mut zur Wahl zwar kritisch argumentierender, aber nicht parteilich involvierter Berichterstatter aufbringen?

Hamburg, im August 1976

Horst O. Halefeldt

DIE KIELER JAHRESTAGUNG

hatte drei Schwerpunkte: Seefunk - Rundfunk in Nachbarländern - Rundfunkpolitische Situation in Norddeutschland. Dem Genius loci gemäß lag es in Kiel nahe, einen Rückblick auf die für die technische Entwicklung des Rundfunks nicht ohne Folgen gebliebene Geschichte des Seefunks zu halten. Nach einem temperamentvollen Bericht von Pierre-Paul Sagave über Staat und Rundfunk in Frankreich sprach Thomas Viktor Adolph über Entwicklung und Lage des Mediums in Skandinavien. Diese faktenreiche, in Präzision und Aktualität erstmals zusammengefaßte Berichterstattung werden die MITTEILUNGEN im nächsten Jahrgang abdrucken.

Das die Podiumsdiskussion stimulierende Referat von Dietrich Schwarzkopf "Drei mal drei gleich NDR" folgt in dieser Ausgabe.

Aus dem Referat des Vorsitzenden Prof. Dr. Wilhelm Treue in der außerordentlichen Mitgliederversammlung seien an dieser Stelle folgende Auszüge mitgeteilt:

"Der Studienkreis hat heute ca. 250 Mitglieder - wir verzeichnen also im Vergleich zur letzten Jahrestagung und ordentlichen Mitgliederversammlung 1975 in Berlin einen 'Zuwachs' von ungefähr 50 Mitgliedern. Unter diesen neuen Mitgliedern sind überwiegend Studenten. Lag das Schwergewicht in früheren Jahren in Münster, so kann man jetzt, wenn man so will, von einem Schwergewicht in der Göttinger Gegend sprechen - aber es kommen auch einige neue Mitglieder aus dem süddeutschen Raum um München und Marburg und ebenso aus Berlin. Zwei Neuanmeldungen haben wir auch aus London erhalten, und zwar von Herrn Dr. White und Frau Player vom Westfield College Department of German in Hampstead. Anknüpfend daran möchte ich auch heute wieder besonders herzlich unsere holländischen Kollegen - und Mitglieder - begrüßen, die nach Kiel gekommen sind. Nun ist es aber nicht nur die steigende Mitgliederzahl, was die Erfolge in den letzten Jahren bestätigt. Erst dieser Tage schrieb Prof. Dr. Hans Bausch, Intendant des Süddeutschen Rundfunks, in einem Brief an einen von uns: 'Ich begrüße alle diese Aktivitäten sehr und freue mich auch, daß die Arbeit des Studienkreises bis heute ganz beachtliche Früchte getragen hat.'"

"Der Vorstand hat am Donnerstagabend auch schon über den Ort für die Jahrestagung 1977 beraten, und es liegt dafür ein Angebot aus Tübingen vor, dem wir sehr positiv gegenüberstehen. Mitglieder, die im vorigen Jahr auf der Jahrestagung und ordentlichen Mitgliederversammlung in Berlin dabei waren, werden fragen, warum wir offenbar nicht wieder wie 1973 und 1975 nach Berlin gehen. Beide Male haben wir die Jahrestagung wegen der Funkausstellung und während der Funkausstellung in Berlin abgehalten. Aber beide Male war entgegen unseren Erwartungen der Besuch und der Erfolg doch begrenzt. Das bezieht sich vor allem auf die Äußerlichkeit, daß die Funkausstellung für uns auch einen großen Nachteil hat. So mancher, der aus beruflichen Gründen ohnehin zur Funkausstellung kommt, hat dann zu wenig Zeit, anders gesagt: zu viele Abhaltungen, um an der Jahrestagung des Studienkreises teilzunehmen."

"An den Aufsatz von Herrn Glowczewski über den Studienkreis in der FUNK-Korrespondenz Nr. 23/76 hat sich eine teils interne, teils öffentliche Diskussion angeschlossen, die für unsere Arbeit auf jeden Fall sehr nützlich sein kann. Ganz besonders deutlich hat sich dabei herausgestellt, daß Rundfunkanstalten und freie Wissenschaftler zuweilen

unter verschiedenen Gesichtspunkten Rundfunkgeschichte betrachten und bearbeiten. Das hat ein wenig damit zu tun, daß der Wissenschaftler natürlich die Rundfunkanstalten braucht, weil er für seine Forschung auf das Material angewiesen ist, das in den Archiven der Anstalten liegt. Umgekehrt ist es aber gleichzeitig auch so, daß die Rundfunkanstalten allein, ohne die Rundfunkgeschichtler, ohne die Wissenschaft, wohl nicht zurechtkämen, weil vieles Quellenmaterial zur Rundfunkgeschichte außerhalb der Anstalten liegt und zu finden ist und weil der Universitätswissenschaftler gewisse Rücksichten nicht zu nehmen braucht, die für einen Vertreter der Rundfunkanstalten ganz selbstverständlich sind. Ich will damit natürlich nicht sagen, daß irgendeine der Anstalten in der ARD und das ZDF - mir ist jedenfalls kein Fall bekannt - irgendwelche Auflagen oder Einschränkungen gemacht hätte, wenn eine solche Anstalt oder ihre Historiker oder ihr Historisches Archiv in Zusammenarbeit mit der freien Wissenschaft vorgegangen sind. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß eine Anstalt sich mit der Gegenwart beschäftigt, und der Historiker sich mit der Geschichte beschäftigt. Und es ist wohl verständlich, wenn aktuelle rundfunkpolitische Interessen den Anstalten in Fragen ihrer jüngeren Geschichte Reserven auferlegen. Wie aber auch immer: ganz gewiß kann es zwischen dem Studienkreis einerseits und den Rundfunkanstalten andererseits weder ein Gegeneinander noch eine Konkurrenz geben, wie man das aus dem Artikel in der FUNK-Korrespondenz hat mißverstehen können. Im Gegenteil: beide Seiten sind aufeinander angewiesen; sie wissen das auch und arbeiten gut miteinander zusammen."

Und so urteilten Presse und Informationsdienste über die Kieler Jahrestagung:

Die Anregung zu diesem Tagungsort kam vom Funkhausdirektor des Norddeutschen Rundfunks in Kiel, Günter Pipke, der selbst Mitglied des Studienkreises ist und in den zwei Tagen als geschätzter Gastgeber, Organisator und Fremdenführer fungierte ... Dietrich Schwarzkopf, Stellvertretender NDR-Intendant, zog kritische Bilanz aus der "Glashaus-Perspektive" und behandelte vorrangig Föderalismus-Probleme der einzigen drei Bundesländer umfassenden Rundfunkanstalt in der Bundesrepublik sowie den Parteienproporz im NDR. Leider beschränkte sich Schwarzkopf auf die Vermittlung der Parteienproportionalitäten in den Gremien und in der Leitung "seines" Hauses. Weder er selbst noch die sich anschließende Podiumsdiskussion konnte die umstrittene parteipolitische Entwicklung im NDR befriedigend ausdiskutieren. Überhaupt ließ die Podiumsdiskussion aus Zeitgründen viele Fragen offen oder riß sie nur kurz an. Die Teilnehmer der Tagung wünschten deshalb einmütig, auf der nächsten Jahrestagung des Studienkreises, die im September 1977 in Tübingen stattfinden wird, mehr Raum für die Diskussion und vielleicht etwas weniger erdrückende Faktenvermittlung an einem Tag. Sowohl angesichts der Teilnehmerzahl wie der insgesamt recht interessanten Referate ist dieses Treffen des Studienkreises als erfolgreich zu betrachten.

FUNK-Korrespondenz Nr. 38/15.9.1976

Auf die Notwendigkeit einer ständigen rundfunkpolitischen Diskussion hat Innenminister Rudolf Titzck vor dem Studienkreis hingewiesen. Um seine Aufgabe zu erfüllen, brauche dieses Medium eine kritische Öffentlichkeit. Diese Diskussion aber könne nur fruchtbar sein, wenn sie offen und ohne ideologische Vorgaben geführt werde. Vor allem habe sie Chancen nur dann, wenn sie rundfunkbezogen, das heißt dem Auftrag des Rundfunks für die Allgemeinheit verpflichtet bleibe. Der Rundfunk sei kein Gebilde, das

gleichsam als Neutrum außerhalb unserer Wert- und Gesellschaftsordnung existiere oder gar existieren könne. Mit dem betonten Hinweis auf die Informations- und Meinungsfreiheit der Bürger formulierte Titzck: Rundfunk ist Dienst am Bürger. Um ihn gehe es in erster Linie, in ihm habe die Rundfunkfreiheit ihren Brennpunkt. Nur eine medienpolitische Diskussion, die sich diesem Gebot verpflichte, sei in der Lage, die anstehenden Fragen und Probleme in eine sinnvolle Ordnung zu bringen.

Kieler Nachrichten 6.9.1976

ke/HJM

In Kiel stand die Rundfunkgeschichte im Mittelpunkt. Aktuelle Rundfunkpolitik kam erst am Ende der Tagung zur Sprache, als der stellvertretende NDR-Intendant Dietrich Schwarzkopf seine "Erfahrungen mit einer Mehr-Länder-Anstalt" preisgab und damit Stoff für eine anschließende Podiumsdiskussion lieferte. Das NDR-Programm soll die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen Entwicklungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen widerspiegeln, in seinem Regionalfernsehen gemeinsam mit Radio Bremen vier Bundesländer versorgen und mit seinem Dritten Fernsehprogramm auch noch für Berliner Zuschauer attraktiv sein - eine Struktur, die die alltäglichen Proporz- und Pressionsprobleme des Rundfunks noch weiter kompliziert. Wirtschaftsberechnungen, die etwa zu einer Reduzierung der Landesstudios und Funkhäuser raten und auf einer sogenannten "Horror-Liste" aufgeführt sind, bleiben aus machtpolitischen Gründen unberücksichtigt; jeder Landesfürst fühlt sich im Programm benachteiligt, der Bürger geht im Parteien-Proporz unter. Dieser auch in Kiel geäußerten Kritik stellte Schwarzkopf Forderungen gegenüber: Der Rundfunk müsse den Forumcharakter seiner Sendungen verstärken, eine größere Präsenz im Lande ausüben (Diskussionen, Öffentlichkeitsarbeit) und die Mobilität der Mitarbeiter zwischen Hamburger Zentrale, Funkhäusern und Landesstudios erhöhen. Auch andere seiner Thesen - etwa die, daß der nur beim NDR selbständige stellvertretende Intendant nach dem Prinzip der Geschäftsführung im Konsens an der Leitung der Anstalt zu beteiligen sei - wiesen auf die Bedeutung der Rundfunkforschung für die aktuelle Diskussion hin: sie bildet den wesentlichen Grundstock für das Verständnis der jetzigen Rundfunkstruktur. Um so bedauerlicher, daß die Rundfunkgeschichte noch zahlreiche weiße Flecken aufweist, zumal reine Datensammlungen, wie sie auch in Kiel wieder zu hören waren, zur Erklärung jetziger Zustände nicht ausreichen. Der Studienkreis hat erste Schritte zur Lösung dieser Misere unternommen; eine Umbenennung in "Rundfunk und Wissenschaft" wird seit zwei Jahren diskutiert, zu den Historikern und Archivaren, die in Kiel noch in der Überzahl waren, sind in den letzten Jahren Sozialwissenschaftler hinzugekommen, die neue Impulse zur Rundfunkforschung gegeben haben. Einiger Staub bleibt noch wegzublasen.

Süddeutsche Zeitung 9.9.1976

Frankfurter Rundschau 14.9.1976

Ekkehard Launer

Um so mehr sind die Aktivposten zu beachten, die Prof. Dr. Wilhelm Treue (Göttingen) als Vorsitzender des "Studienkreises" in wissenschaftlicher Bescheidenheit in seinem Rechenschaftsbericht nicht gleich an den Anfang stellte. Eine seit 1975 den Interessenten sich anbietende und im Auftrag des "Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V." von Prof. Dr. Winfried B. Lerg herausgegebene Schriftenreihe "Rundfunkforschung" (Verlag Volker Spieß, Berlin) beschäftigt sich mit historischen wie institutions-kritischen Fragestellungen. Im 1. Band vergleicht Rüdiger Hoffmann die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand von Organisations- und Machtstrukturen im WDR mit den Voraussetzungen zur Gewährleistung

innerer Pressefreiheit. Im 2. Band untersucht Barbara Mettler die Entwicklung und Veränderung des Demokratiebegriffes im Verlauf des Re-educationsprozesses; und sie zeigt, welche Grundlagen für die Entwicklung der Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland damals gelegt wurden. Der als dritte Veröffentlichung dieser Reihe von Winfried B. Lerg und Rolf Steininger herausgegebene Sammelband "Rundfunk und Politik 1923 - 1973" erfaßt neuere Aufsätze zur politischen Wirkung des Rundfunks und zur internen Rundfunkgeschichte. "Rundfunk und Politik 1923 - 1973" ist auf einem der regelmäßigen Doktoranden-Kolloquien des "Studienkreises" in der Sportschule Grünberg/Hessen als Veröffentlichung angeregt worden; nach sachverständigem Urteil stellt der Band das zur Zeit wohl breiteste Spektrum historisch orientierter Forschungsarbeit über die Rundfunkanstalten in Deutschland dar.

Beim Druck des Bandes 3 hat das Deutsche Rundfunkmuseum in Berlin finanziell Pate gestanden; das Rundfunkmuseum war von der Deutschen Bundespost an den Erlösen der Sonderbriefmarke "50 Jahre Rundfunk" beteiligt worden. Die im Oktober 1974 aus der Taufe gehobenen und seitdem viermal im Jahr erscheinenden MITTEILUNGEN des "Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V." sind nach Darstellung von Professor Treue ein Periodicum, das über den Kreis der Mitglieder hinaus zunehmend Interesse und Anklang findet.

Beachtenswerte Perspektiven verspricht sich Prof. Treue für die Zukunft von der immer lebhafteren Diskussion darüber, ob man Rundfunkgeschichte als ein Nebengebiet der Kommunikationswissenschaft betrachten soll oder ob die Rundfunkgeschichte sich als gleichwertige Säule neben der Geschichte der Medien überhaupt darstellt. Um in dieser Frage zu erschöpfenden Auskünften zu kommen, hält der "Studienkreis"-Vorsitzende es für nützlich, das Thema bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit am besten im Zusammenwirken mit Presse- und Filmgeschichtlern zu erörtern.

Um in Zukunft bei dem ausnahmslos anspruchsvollen Teilnehmerkreis keine falschen Erwartungen zu wecken, dürfte es sinnvoll sein, jede Jahrestagung in den Rahmen eines geschlossenen Themenkreises zu stellen. Übrigens: In Kiel hatten der NDR und die Landesregierung von Schleswig-Holstein das Programm in sympathischer Weise angereichert.

TV-COURIER Nr. 27/20.9.1976

frini / tvc

Dietrich Schwarzkopf:
DREI MAL DREI GLEICH NDR

Erfahrungen mit einer Mehrländeranstalt

Vortrag auf der Jahrestagung des Studienkreises
Rundfunk und Geschichte e.V. am 4. September 1976 in Kiel

Der im Programm dieser Tagung ausgedruckte Titel "Drei mal drei gleich NDR", der an eine Quizsendung erinnert, soll ausdrücken, daß bei den Erfahrungen, die der NDR als Mehrländeranstalt gemacht hat, drei Länder, nämlich Hamburg, Niedersachsen, und Schleswig-Holstein, und drei Parteien, nämlich CDU, SPD und F.D.P., eine wesentliche Rolle gespielt haben und spielen. Freilich darf man diese beiden jeweils dreifachen Faktoren der Mehrländererfahrung nicht dahin verstehen, daß sie in ihrer Multiplizierung den NDR ausmachen. Drei Länder mit drei Parteien multipliziert ergeben noch lange nicht den Norddeutschen Rundfunk, der zunächst einmal und vor allem aus seinen 3.250 Mitarbeitern besteht und aus den rund 1,1 Millionen Minuten Hörfunkprogramm sowie den rund 157.000 Minuten Fernsehprogramm, die diese Mitarbeiter jährlich produzieren.

Wer, wie ich, hier und heute am Beispiel des NDR über Erfahrungen mit einer Mehrländeranstalt referieren will, muß sich zunächst vor Augen halten, daß der NDR nicht die einzige Mehrländeranstalt in der Bundesrepublik ist. Freilich ist er gegenwärtig die einzige Drei-Länder-Anstalt. Das Zweite Deutsche Fernsehen, das durch Staatsvertrag zwischen den elf Bundesländern zustandegekommen ist, ist eine All-Länder-Anstalt. Das Sendegebiet des Südwestfunks umfaßt das Land Rheinland-Pfalz sowie diejenigen Teile des Landes Baden-Württemberg, die früher zur französischen Besatzungszone gehörten. Der Südwestfunk wurde, wie der NDR, als eine Drei-Länder-Anstalt gegründet, und zwar durch Staatsvertrag vom 27. August 1951 zwischen den damaligen Ländern Baden, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern.

"Aus dem föderativen Aufbau der Bundesrepublik folgt nicht, daß jedes Bundesland zur Unterhaltung einer eigenen Rundfunkanstalt verpflichtet ist. Rundfunk-Föderalismus und Länder-Föderalismus müssen nicht identisch sein." Diese Aussage ist ein Zitat aus dem Bericht der Kommission zur Untersuchung der rundfunkpolitischen Entwicklung im südwestdeutschen Raum (Michel-Kommission) von 1970. Eine Neuordnung der Rundfunk-Organisation im südwestdeutschen Raum, die bekanntlich die durch die Einteilung in Besatzungszonen entstandene Struktur noch deutlich widerspiegelt, hat nicht stattgefunden.

Dagegen wurde in der früheren britischen Besatzungszone die von der Besatzungsmacht geschaffene Rundfunk-Organisation, der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR), dessen Sendegebiet die gesamte Zone umfaßte, in den WDR und den NDR aufgeteilt. In Norddeutschland wurde durch Staatsvertrag vom 16. Februar 1955 zwischen den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein der Norddeutsche Rundfunk geschaffen. Bei den Ratifizierungsdebatten in den drei norddeutschen Parlamenten mischte sich einhelliges Bedauern über die Auflösung des NWDR mit dem Stolz darauf, daß es gelungen war, wenigstens die drei Vertragsländer in der Rundfunk-Organisation zusammenzuhalten. Niedersächsische Bestrebungen, eine eigene niedersächsisch-bremische Rundfunkanstalt aufzubauen, konnten sich nicht durchsetzen. Der Hamburger Erste Bürgermeister, Dr. Sieveking, drückte am 9. März 1955 in der Hamburger Bürgerschaft seine Genugtuung

darüber aus, daß die niedersächsischen Bemühungen um eine Rundfunkorganisatorische Selbständigkeit Niedersachsens, "vielleicht in Vereinigung mit Bremen", "dank der Festigkeit der Regierung von Niedersachsen überwunden" worden seien. In derselben Bürgerschaftssitzung bestätigte Sieveking, "daß die Bestimmungen des Drei-Länder-Vertrages, was die Rechte der verschiedenen Länder anlangt, sehr ausgewogen sind". Er fügte hinzu: "Wir begrüßen es, daß es uns im Verein mit Schleswig-Holstein gelungen ist, gewissen imperialen Bestrebungen, die sich bei Niedersachsen zeigten, die Spitze abzubrechen".

Die von Bürgermeister Sieveking erwähnte Ausgewogenheit der Länder zeigt sich vor allem in der Zusammensetzung der Aufsichtsgremien. Von den 24 Mitgliedern des Rundfunkrats wählt der niedersächsische Landtag zwölf, der schleswig-holsteinische Landtag sechs und die Hamburger Bürgerschaft ebenfalls sechs. Der Verwaltungsrat besteht aus acht vom Rundfunkrat zu wählenden Mitgliedern, davon vier aus Niedersachsen und jeweils zwei aus Schleswig-Holstein und Hamburg. Von den 24 Mitgliedern des Programmbeirats werden sieben von den Landesregierungen ernannt, und zwar drei von Niedersachsen und je zwei von Schleswig-Holstein und Hamburg. In Bezug auf die 17 Mitglieder des Programmbeirats, die vom Rundfunkrat auf Vorschlag von Einrichtung, Organisation und Gemeinschaften gewählt werden, heißt es im Staatsvertrag: "Bei der Wahl soll jedes Land angemessen berücksichtigt werden". In seiner gegenwärtigen Zusammensetzung besteht der Programmbeirat aus je acht niedersächsischen, schleswig-holsteinischen und Hamburger Mitgliedern sowie einem ständigen Gast aus Niedersachsen.

Über den Vorsitz im Rundfunkrat bestimmt der Staatsvertrag: "Der Vorsitzende und die beiden Stellvertreter müssen je verschiedenen Ländern angehören. Der Vorsitz wechselt unter den Ländern; über die Reihenfolge entscheidet das Los. Der Rundfunkrat kann bei Zustimmung von mindestens 16 Mitgliedern im Einzelfall eine abweichende Regelung treffen." Tatsächlich wird die Reihenfolge des Vorsitzes nicht durch Los, sondern durch Vereinbarung bestimmt. Für den Verwaltungsrat schreibt der Staatsvertrag vor: "Der Vorsitz wechselt nach Ländern in der Reihenfolge: Niedersachsen - Schleswig-Holstein - Niedersachsen - Hamburg. Für die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden gilt die umgekehrte Reihenfolge." Der Verwaltungsrat kann im Einzelfall mit Zustimmung von mindestens 6 seiner Mitglieder von seiner Vorschrift abweichen.

Die Verteilung der Gremiensitze auf die Länder wird in der Begründung des Staatsvertrages in Bezug auf den Rundfunkrat wie folgt erläutert: "Föderalistischen Grundsätzen des Staatsaufbaues entspricht es, keinem Verbandsmitglied ein solches Übergewicht zu geben, daß es die Staatengemeinschaft allein beherrscht. So hatte Preußen im letzten Reichsrat weniger als die Hälfte der Stimmen, obgleich es der Einwohnerzahl nach größer war als alle anderen Länder des Reichs zusammengenommen. Auch das Grundgesetz hat im Artikel 51 Absatz 2 der Einwohnerzahl der Bundesländer bei der Festlegung der Anzahl ihrer Mitglieder im Bundesrat nur ein beschränktes Gewicht beigemessen. Eine Übertragung dieses Gedankens auf die Zusammensetzung des Rundfunkrats der gemeinschaftlichen Anstalt der drei Länder läßt es als angemessen erscheinen, die Sitze auf Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg im Verhältnis 2 : 1 : 1 zu verteilen, obgleich Niedersachsen etwas mehr als die Hälfte der Hörer des NDR stellt."

In Bezug auf den Verwaltungsrat heißt es in der Begründung des Staatsvertrages: "Auch bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrats mußte

darauf Bedacht genommen werden, daß der NDR eine gemeinschaftliche Einrichtung dreier Länder ist. Ebenso wie der Rundfunkrat soll auch der Verwaltungsrat die Hälfte seiner Mitglieder aus dem Lande Niedersachsen und je ein Viertel aus den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg erhalten. Aus dem gleichen Grunde führt auch ein niedersächsisches Mitglied jedes zweite Jahr den Vorsitz, während Schleswig-Holsteins und Hamburgs Mitglieder in den dazwischen liegenden Jahren den Vorsitz wechseln."

Die Rechtsaufsicht über den NDR wird von den Regierungen der drei Vertragsländer gemeinsam ausgeübt. Die Federführung wechselt jährlich. Die Rechtsaufsicht kann nur handeln, wenn sich die drei Länder geeinigt haben. Über ein Tätigwerden der Rechtsaufsicht entscheidet also nicht die jeweils federführende Landesregierung. Diese Regelung unterscheidet sich von der beim ZDF, bei dessen Staatsvertrag die Vertragsländer ihre Rechtsaufsichtsbefugnis "durch eine Landesregierung in zweijährigem Wechsel" ausüben. Danach ist die betreffende Landesregierung während der zwei Jahre der Treuhänder der Landesregierungen sämtlicher Bundesländer. Im Innenverhältnis ist sie zur internen Abstimmung mit den übrigen Ländern verpflichtet, im Außenverhältnis trägt sie jedoch die ausschließliche Verantwortung für die Aufsicht. Im Falle des Norddeutschen Rundfunks ist seit dem 5. August 1975 beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin eine Verwaltungsstreitsache des Landes Schleswig-Holstein gegen die Länder Niedersachsen und Hamburg wegen Unterlassung einer Rechtsaufsichtsmaßnahme anhängig.

Schleswig-Holstein hatte die beiden anderen Länder zu einem gemeinsamen Schritt der Rechtsaufsicht aufgefordert, weil der Intendant Verträge mit mehreren Angestellten des außertariflichen Bereichs am 21. Dezember 1974 ohne wirksame Zustimmung des Verwaltungsrats abgeschlossen habe. Schleswig-Holstein hat inzwischen die Hauptsache zwischen sich und Niedersachsen für erledigt erklärt, da die neue niedersächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Albrecht die Auffassung der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung teilt.

Der Staatsvertrag sieht vor, daß die jährliche Abrechnung des NDR "durch einen Rechnungshof, der von den Landesregierungen bestimmt wird, nach Maßgabe der Finanzordnung" zu prüfen ist. Niedersachsen und Schleswig-Holstein erklärten sich im Jahre 1955 damit einverstanden, daß dies stets der Hamburgische Rechnungshof sein soll, sind aber heute offenbar der Ansicht, daß diese Regelung nicht unbegrenzt beibehalten werden soll. Andere Länder im Geltungsbereich des Grundgesetzes können dem Staatsvertrag beitreten. Von diesem Recht hat bisher kein Land Gebrauch gemacht.

Trotz der von Bürgermeister Sieveking zitierten Ausgewogenheit der Länderrechte war die Berücksichtigung der drei Länder in Organisation und Programm des NDR von vornherein nicht frei von Spannungen. Der Niedersächsische Kultusminister Richard Voigt erklärte am 4. März 1955 im Niedersächsischen Landtag, mit der Bestimmung über die in den einzelnen Ländern gewählten Mitgliedern des Rundfunkrats seien "auch die berechtigten Interessen des Landes Niedersachsen gewahrt". Er erinnerte an den Bau des Funkhauses in Hannover, eines Studios in Oldenburg, an die Verlegung bestimmter Betriebsteile von Hamburg nach Hannover und erklärte, damit seien die niedersächsischen Wünsche zwar nicht erfüllt, aber stärker berücksichtigt worden. Im Schleswig-Holsteinischen Landtag erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident Asbach am 8. März 1955, seine Regierung hätte es sehr begrüßt, wenn in den Organen des NDR eine paritätische Beteiligung aller drei Länder gewährleistet worden

wäre, und fügte hinzu: "Leider hat das Land Niedersachsen unter Hinweis auf seine zweifellos höchste Hörerzahl eine 50%ige Beteiligung schließlich doch durchgesetzt". Der CDU-Abgeordnete Dr. Schmidt begrüßte es in der Kieler Landtagssitzung am 31. März 1955, daß Niedersachsen darauf verzichtet habe, den NDR zu majorisieren. Hamburg legte größten Wert darauf, daß seine Position in der Medienlandschaft durch seine Bestimmung zum Sitz des NDR anerkannt wurde. Bürgermeister Sieveking appellierte in der Bürgerschaftssitzung am 8. Juni 1955 an die Abgeordneten, darin übereinzustimmen "daß es jetzt darauf ankommt, in Hamburg ein neues festes Zentrum zu schaffen", und der Abgeordnete Dr. Frankenfeld (Hamburg-Block) erklärte: "Wir wollen auch die Stellung, und zwar die traditionelle Stellung Hamburgs als eines Vorortes des deutschen Rundfunkwesens schlechthin in Zukunft gesichert wissen".

Wie drückt sich der Drei-Länder-Charakter in der Organisation des NDR aus? Der Staatsvertrag bestimmt, daß Hamburg Sitz des NDR ist. In Hamburg befinden sich Intendanz und alle zentralen Einrichtungen der Verwaltung, der Technik und der Produktion. In Hamburg werden der ganz überwiegende Teil des nichtregionalen Fernseh- und Hörfunkprogramms sowie das Hamburger Regionalprogramm hergestellt.

Das Funkhaus Hannover besteht seit dem 20. Januar 1952. Vorher gab es die Nebenstelle Hannover des NWDR. Seit dem 16. Dezember 1960 gibt es in Hannover ein provisorisches Fernsehstudio; am 11. April 1973 wurde ein neues Fernsehstudio in Dienst gestellt. Im Funkhaus Hannover, das von einem Funkhausdirektor geleitet wird, haben nicht nur die Redaktionen des niedersächsischen Regionalprogramms ihren Sitz, sondern auch zentrale Redaktionen des Hörfunkprogramms, nämlich die Redaktionen Kulturelles Wort, Religion und Gesellschaft, die Verkehrs- und Reisedredaktion sowie Redaktionen für Unterhaltungs- und ernste Musik. In Hannover unterhält der NDR ein eigenes Rundfunkorchester. Es wird erwogen, eine zentrale Redaktion des Fernsehens nach Hannover zu verlegen. Dem Funkhaus Hannover ist das Büro Braunschweig unterstellt.

In Kiel besteht seit dem 16. Mai 1966 ein Landesstudio des NDR, das seit dem 21. Juni 1970 die Bezeichnung Funkhaus Kiel trägt. Auch das Funkhaus Kiel untersteht einem Funkhausdirektor. Ein provisorisches Fernsehstudio in Kiel gab es seit dem 8. Juni 1962. Vorher waren Repräsentation des NDR in und Berichterstattung für den NDR aus Schleswig-Holstein Aufgabe des Studios Flensburg, das seit dem 1. März 1949 besteht und jetzt dem Funkhaus Kiel nachgeordnet ist. Dem Funkhaus Kiel obliegt die Fernseh-Regionalberichterstattung aus Schleswig-Holstein. Zentrale Hörfunk- oder Fernsehredaktionen sind in Kiel nicht angesiedelt.

Das Studio Oldenburg ist, wie auch die Funkhäuser Hannover und Kiel, dem Intendanten direkt unterstellt. Es ist auf diese Unmittelbarkeit sehr stolz. Das Berichterstattungsgebiet des Studio Oldenburg umfaßt nicht nur das frühere Land Oldenburg, sondern das ganze nordwestliche und westliche Niedersachsen, das heißt zusätzlich zum Verwaltungsbezirk Oldenburg die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück sowie zwei Drittel des Regierungsbezirkes Stade. Dem Studio Oldenburg untersteht das Büro Osnabrück.

Zu den im Staatsvertrag enthaltenen Programmrichtlinien gehört die Vorschrift: "Der landsmannschaftlichen Gliederung des Sendegebietes ist Rechnung zu tragen". Wie wird dieser Auftrag des Staatsvertrages verwirklicht? Wie drückt sich der Drei-Länder-Charakter des NDR

im Hörfunk- und im Fernsehprogramm aus? Von den rund 1,1 Millionen Minuten Hörfunk, die der NDR im Jahr produziert, sind in der Statistik des NDR circa 97.000 Minuten als Regionalprogramm ausgewiesen. Von den 157.000 Minuten, die das NDR-Fernsehen im Jahr produziert, gehören rund 34.000 zur Hauptabteilung Regionalprogramm.

Diese statistischen Angaben allein besagen noch nicht viel, denn bei der Statistik ist häufig umstritten, welche Sendungen welchem Bereich letztlich zuzurechnen sind. Ich will hier keine detaillierte Beschreibung der Regionalprogramme des NDR in Hörfunk und Fernsehen geben, sondern mich mit einigen grundsätzlichen Hinweisen begnügen. Im Hörfunk gibt es sowohl regionale Beiträge zu den Zentralprogrammen des NDR als auch Auseinandersetzungen für die Bereiche Hamburg, Hannover, Kiel und Oldenburg. Dagegen finden im Fernseh-Regionalprogramm Auseinandersetzungen nicht statt. Sie wären technisch möglich; aus Kostengründen wurde bisher auf sie verzichtet und muß zunächst wohl auch weiter auf sie verzichtet werden. Das Fernseh-Regionalprogramm, das werktätlich zwischen 18.00 und 20.00 Uhr auf dem 1. Kanal gesendet wird, betreibt der NDR gemeinsam mit Radio Bremen. Es ist das einzige regionale Fernsehprogramm der Bundesrepublik, das vier Bundesländer berücksichtigen muß. Deshalb ist der von NDR und Radio Bremen ausgestrahlte Anteil an Unterhaltungssendungen aus dem Programm-Pool der Werbefernseh-Gesellschaften auch deutlich geringer als in allen anderen Fernseh-Regionalprogrammen der Bundesrepublik. Das Fernseh-Regionalprogramm des NDR und Radio Bremen sieht sich stets von neuem vor die Aufgabe gestellt, sich mit seinen Informationssendungen, seinen Nachrichten, Magazinen, Features und Außenübertragungen gegenüber den Unterhaltungsserien im Vorabendprogramm des ZDF zu behaupten. Die "Aktuelle Schaubude", eine aus Information und Unterhaltung attraktiv gemischte Sendung am Samstagabend, liegt dabei besonders günstig.

Über die regionalen Hörfunk- und Fernsehsendungen finden montags bis freitags Schaltkonferenzen statt, in denen die Gegenstände der nachrichtlichen Berichterstattung und die Themen für Kommentare und Magazinbeiträge abgesprochen werden. Aus Hannover, Kiel und Oldenburg ist immer wieder die Klage zu hören, daß die zentralen Redaktionen in Hamburg zu wenig Sinn und Verständnis für die Bedeutung eines Ereignisses in dem jeweiligen Land oder Landesteil zeigen, daß sie zu hamburg-zentrisch denken. Auch von Politikern und Zuschauern im Sendegebiet außerhalb Hamburgs wird kritisiert, daß in der Regional-Berichterstattung Hamburger Themen vorrangig und regelmäßig behandelt würden, während Themen, die in dem jeweiligen Funkhaus oder Studio als gleichrangig betrachtet würden, nicht mit der gleichen Behandlung wie Hamburger Themen zu rechnen hätten.

Die Hamburger Zentralredaktionen halten diesen Vorwürfen entgegen, daß für sie allein die Aktualität ausschlaggebend sei, die allein nach journalistischen Gesichtspunkten und nicht von Rücksichten auf Länder-Minuten-Proporz oder Länder-Themen-Proporz bestimmt werden könne. Gegenargument von außerhalb Hamburgs ist, das journalistische Aktualitätsverständnis der Zentralredaktionen sei eben schon zu sehr von der Hamburger Localitis befallen. Während bei den auseinandergeschalteten Sendungen im Hörfunk die Redaktionen fragen müssen, ob die Nachricht oder der Kommentar für das jeweilige Empfangsgebiet von Bedeutung ist, stellt sich bei regionalen Nachrichten und Berichten im nicht auseinandergeschalteten Programm stets gleich die Frage, ob dies für die ganze Region von Interesse ist.

Im Sendegebiet außerhalb Hamburgs sind Klagen darüber zu hören, daß die "Aktuelle Schaubude" sich zu wenig aus Hamburg-Lokstedt fortbewege, zu

viele Hamburger Themen enthalte und zuviele Hamburger Persönlichkeiten präsentiere. In der Tat ist es schwierig und auch schwer zumutbar, Politiker und andere Persönlichkeiten aus dem Sendegebiet außerhalb Hamburgs am Sonnabend für einen Auftritt von wenigen Minuten mit stundenlanger Hin- und Rückfahrt nach Hamburg zu holen. Hier hilft nur eine verstärkte Präsenz der "Schaubude" außerhalb Hamburgs. Daß eine solche verstärkte Mobilität mit höheren Kosten verbunden ist, liegt auf der Hand.

Präsenz des NDR mit Sendungen im Sendegebiet, das heißt vor allem auch mit Außenübertragungen in Hörfunk und Fernsehen, vermittelt den Zuhörern und Zuschauern in dem betreffenden Gebiet das Gefühl, daß es sich beim NDR um ihren Sender handelt. Von dieser Chance sollten die Redaktionen soviel wie möglich Gebrauch machen. Präsenz muß aber nicht immer mit Sendungen verbunden sein. Wichtig ist auch, daß Mitarbeiter Gelegenheiten zu Vorträgen und Diskussionen im ganzen Sendegebiet nutzen. Die Veranstaltung von Sendungen im Sendegebiet außerhalb Hamburgs wird am Veranstaltungsort auch dann als bedeutsam empfunden, wenn diese Sendungen keinen landsmannschaftlichen Bezug haben. Als der NDR die Sendereihe "Musik aus Studio B" von Hannover nach Hamburg verlagerte, um Reisekosten zu sparen, wurde dies in Hannover als unfreundlicher Akt empfunden.

Die Beiträge des NDR zum Gemeinschaftsprogramm Deutsches Fernsehen können bei der gegenwärtigen Programmstruktur nur wenig Rücksicht auf die landsmannschaftliche Struktur des Sendegebietes nehmen. Regionale Themen werden im Gemeinschaftsprogramm aus aktuellem Anlaß in der Tagesschau behandelt, ansonsten je nach Anlaß und Bedeutung gelegentlich in Magazinen und Dokumentarsendungen. Im übrigen gibt es die Wiederholungen von Sendungen aus dem auseinandergeschalteten Regionalprogramm im "Magazin der Woche" im Gemeinschaftsprogramm am Sonntagmittag. Der Plan, ein Länder-Magazin im Fernseh-Gemeinschaftsprogramm einzuführen, ist bisher auf wenig Gegenliebe gestoßen. Falls Überlegungen über einen Ausbau der Spätausgabe der Tagesschau verwirklicht werden, müßten hier mehr Berichte aus den Ländern aufgenommen werden.

Das Dritte Fernsehprogramm des NDR wird gemeinsam mit Radio Bremen und dem Sender Freies Berlin veranstaltet, umfaßt also fünf Bundesländer. Regionale Themen finden sich hier in Magazin-Beiträgen und in regelmäßigen landespolitischen Diskussionen. Der Anteil von Regional-sendungen im Dritten Fernsehprogramm ist im Norden wegen des Fünf-Länder-Charakters geringer als in den anderen Dritten Programmen. Hier gibt es noch ein unausgenutztes Potential an Länderberichterstattung, möglicherweise auch in einer etwas intensiveren Arbeitsteilung mit dem werktäglichen Fernseh-Regionalprogramm des 1. Kanals.

Das Gefühl der nicht genügenden Berücksichtigung durch die Hamburger Zentrale ist im Sendegebiet deutlich zu spüren. Forderungen nach Ausgleich werden besonders kräftig in Niedersachsen artikuliert, wobei immer wieder der Hinweis auf den Umfang des niedersächsischen Beitrages zu den Gebühreneinnahmen des NDR hervorgehoben wird. Heinz-Günter Deiters illustriert in seinem Buch "Fenster zur Welt - 50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland" die Unzufriedenheit der Landespolitiker mit dem Programmangebot an folgendem niedersächsischen Beispiel: "Ministerpräsident Heinrich Hellwege nahm eine in Bild und Ton nicht synchron ablaufende Reportage von der Grundsteinlegung für das Landtagsgebäude zum Anlaß, am 1. Oktober 1958 an die Intendanz des NDR in einem Fernschreiben festzustellen: 'Zu der gestrigen Fernsehsendung der Nordschau über die Grundsteinlegung für das Landtagsgebäude in Hannover muß ich mein lebhaftes Mißfallen zum Ausdruck bringen. Die

Fernsehsendung läßt nicht nur in der völlig verunglückten Synchronisierung, sondern auch in der gesamten Regie wieder einmal erkennen, daß man in Hamburg dem Lande Niedersachsen nicht jene Aufmerksamkeit und Würdigung zuteil werden läßt, die es als das bei weitem größte Land des Sendegebietes verdient. gez. Hellwege. Niedersächsischer Ministerpräsident."

Die kleine und eher amüsante Panne - während sich Hellwege mit gelichtetem Haarwuchs auf dem Bildschirm zeigte, las die Redakteurin den Satz: "Vielleicht träumt dieser pfiffige Blondschoopf schon davon, einmal Politiker zu werden" - wurde unverzüglich zur Staatsaktion hochgespielt. Schon am nächsten Tag konnte die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichten: "Der Landespressechef fügte am Mittwoch hinzu, dieser Vorfall lasse den Gedanken zu, ob es nicht richtiger wäre, das Schwergewicht der Sendungen von Hamburg nach Hannover zu verlagern."

Im Vorwort einer NDR-Broschüre zur Eröffnung des Großen Sendesaals im Funkhaus Hannover am 9. September 1963 hatte Ministerpräsident Georg Diederichs unter der Überschrift "Die Drei-Länder-Anstalt hat sich bewährt" folgendes ausgeführt: "Auch in Zukunft wird und muß Niedersachsen Wert darauf legen, daß es als größtes Land im Sendgebiet des NDR eine dementsprechende Berücksichtigung bei der weiteren Ausgestaltung der Anstalt und ihrer Einrichtungen finden wird. Schließlich entfallen von den 3,26 Millionen Rundfunklizenzen im NDR-Bereich nicht weniger als 1,9 Millionen auf das Land Niedersachsen."

Die Kontinuität niedersächsischer Kritik wird dadurch erkennbar, daß nach einem Bericht der "Hannoverschen Presse" vom 26. August 1976 der neue niedersächsische Regierungssprecher, Hilmar von Poser, erklärte, mitunter habe man schon "den Eindruck, Niedersachsen sollte stärker vertreten sein". Freilich ist auch aus Schleswig-Holstein Kritik dieser Art zu hören, und in Hamburg wie in Kiel wurde eine zeitlang beanstandet, das Hamburger "Freitagsmagazin" des Fernseh-Regionalprogramms beschäftige sich lieber kritisch mit Schleswig-Holsteinischen als mit Hamburger Themen.

Seit 1961 hat der NDR Intendanten aus Niedersachsen, die zuvor niedersächsische Vertreter im NDR-Verwaltungsrat waren. In Niedersachsen scheint teilweise der Eindruck zu bestehen, der Sog der Hamburger Zentrale sei so stark, daß auch ein NDR-Intendant aus Niedersachsen der zentralistischen Localitis erliege.

Wie berechtigt sind nun die Vorwürfe, das Sendgebiet außerhalb Hamburgs werde im Programm nicht genügend berücksichtigt? Derartige Vorwürfe sind in Mehrländeranstalten vielleicht besonders häufig zu hören. Ich denke hier an Klagen aus Mainz über ungenügende Berücksichtigung rheinland-pfälzischer Angelegenheiten im Südwestfunk. Aber auch Anstalten, die ein großes Bundesland versorgen, wie der Bayerische Rundfunk oder der WDR, müssen sich immer wieder mit dem Vorwurf auseinandersetzen, sie widmeten sich bestimmten Landesteilen nicht genügend.

Jede Zentrale gerät in den Verdacht, das Geschehen außerhalb der Zentrale zu unterschätzen, und sie erliegt zum Teil auch dieser Gefahr. Als Mittel, dieser Gefahr und diesem Vorwurf zu begegnen, erscheinen mir

1. verstärkte Präsenz der Anstalt mit Sendungen, Mitarbeitern und Gremiensitzungen in den verschiedenen Teilen des Sendgebietes.
2. Verstärkung des Forumcharakters von Hörfunk und Fernsehen für Probleme im Sendgebiet.
3. ständige Prüfung der Frage, ob alle Erscheinungen des Sendgebietes (auch Sport und Kultur, nicht nur Politik) im Programm genügend berücksichtigt sind.

4. Mobilität der Mitarbeiter zwischen Zentrale, Funkhäusern und Studios.

Eine Drei-Länder-Anstalt wie der NDR muß die Rolle seiner Funkhäuser in den Landeshauptstädten außerhalb des Hauptsitzes genau definieren. Der NDR ist eine einheitliche Anstalt, kein Anstaltsverbund, er ist keine Drei-Länder-ARD. In dieser einheitlichen Anstalt haben die Funkhäuser angesichts des Drei-Länder-Charakters des NDR besonderes Gewicht. Der NDR-Intendant Gerhard Schröder bezeichnete am 27. Oktober 1966 bei der Eröffnung der Rundfunktechnischen Ausstellung im Funkhaus Hannover dieses Funkhaus als "einen echten Partner in einem größeren Verbund". Der gegenwärtige Funkhausdirektor in Hannover, Helmut Reihnhardt, erklärte anlässlich einer NDR-internen Besprechung am 26. August 1976: "Das Funkhaus Hannover führt weder ein Eigen- noch ein Nebenleben; es gehört zum NDR, und es bleibt bemüht, eine Aufgabenstellung zu finden, die den hier geschaffenen technischen Kapazitäten entspricht, den Arbeitswillen der Mitarbeiter befriedigt, wirtschaftlich vernünftig ist, dem Staatsvertrag und berechtigten landespolitischen Erwartungen Rechnung trägt. Niemand in diesem Hause betreibt eine Politik, die die Dreiländeranstalt in Frage stellt. Niemand möchte aber auch andererseits auf die Dauer Opfer eines falsch verstandenen Zentralismus werden."

In diesem Zusammenhang ist die Rolle der Funkhausdirektoren von Bedeutung. Die Funkhausdirektoren in Hannover und Kiel haben keine unmittelbare eigene Programmgestaltungskompetenz. Diese liegt bei den zentralen Redaktionen und bei den zentralen Programmdirektoren des Hörfunks und des Fernsehens. Eine faktische Befassung der Funkhausdirektoren mit dem Programm entsteht jedoch daraus, daß sie, wie auch der Leiter des Studios Oldenburg, das Recht haben (und es auch ausüben), an allen regionalen Schaltkonferenzen des NDR für Hörfunk und Fernsehen teilzunehmen. Überdies unterrichten sie sich ständig über die Regionalsendungen oder lassen sich unterrichten.

Die Funkhausdirektoren haben eine Doppelnatur: Sie sind Statthalter der Zentrale in den Ländern, im gewissen Sinne Botschafter der Zentrale bei den Ländern, sie repräsentieren aber auch die Interessen ihrer Funkhäuser gegenüber der Zentrale. In den Ländern sind sie häufig Adressaten für Beschwerden aus den Ländern. Ihre argumentative Loyalitätsbalance sieht etwa so aus: Gegenüber der Zentrale fordern sie: "so geht es nicht weiter", den Beschwerdeführer aus dem Land beruhigen sie: "vorläufig geht es leider nicht anders". Nach Meinung eines Betroffenen erzeugen solche Balanceakte eine "kämpferische Frustration".

Im Direktorenkreis des NDR und in allen Besprechungen unter Teilnahme der Direktoren ist die kollegiale Mitwirkung der Funkhausdirektoren gesichert. In allen Anstaltsbereichen müssen sich alle Verantwortlichen stets fragen, ob auch die kollegiale Mitwirkung der übrigen Funkhausmitarbeiter da, wo sie geboten ist, gesichert ist.

Der NDR als eine Drei-Länder-Anstalt ist verschiedentlich als exemplarisch bezeichnet worden. Der Hamburger Erste Bürgermeister Herbert Weichmann erklärte am 7. Dezember 1967 auf einem Senatsempfang anlässlich der Jahreshauptversammlung der ARD in Hamburg: "Ich begrüße Sie nicht zuletzt auch deshalb hier so gern im Rathaus, weil Hamburg Sitz einer Anstalt des öffentlichen Rechts, nämlich des NDR, ist, der in seiner Konstruktion als Ergebnis eines Staatsvertrages von drei Ländern, in seiner damit gegebenen rationellen Arbeitsweise und in seiner durchaus nicht proporzgeschädigten Profiliertheit absolut ein Vorbild für ähnliche Regelungen in anderen Gebieten der Bundesrepublik sein könnte."

Zum anderen mußte sich der NDR, als seine Finanzlage zusehends schlechter wurde, auch darüber klar werden, wie weit ihm besondere Belastungen entstehen durch Unterhaltung und Betrieb der Funkhäuser und Studios, durch das Rundfunkorchester Hannover, durch die parallelen Regional-sendungen infolge der Auseinandersetzungen im Hörfunk und durch die Minderausnutzung des Programm-Pools der Werbefernseh-Gesellschaften wegen des höheren Informationsanteils im Vier-Länder-Regionalprogramm des Fernsehens. Zweimal stellte die Leitung der Anstalt als Summierung theoretischer abstrakter Überlegungen darüber, was alles eingespart werden könnte, eine sogenannte "Horrorliste" auf, die auch die Auflösung der Funkhäuser und Studios sowie der Klangkörper erwähnte. In der Vorlage der niedersächsischen Landesregierung vom 6. Juni 1969 über den damaligen Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr heißt es in der Begründung: "Der Intendant hat alle Einsparmöglichkeiten - etwa durch Auflösung von Orchestern, Studios und Büros, durch Einstellung einzelner Programmteile bis zu ganzen Programmen - mit den kostenmäßigen Auswirkungen untersucht und das Ergebnis dem Rundfunkrat vorgelegt. Aus kulturellen, politischen und programm-technischen Gründen hat er keine dieser Maßnahmen befürworten können. Der Rundfunkrat ist dieser Auffassung gefolgt."

Auch die Ausgabe 1974 der "Horrorliste" wurde nach den Wirtschaftsplanberatungen zu den Akten gelegt. Anlässlich der 300. Sitzung des Verwaltungsrats des NDR am 29. Januar 1976 in Oldenburg erklärte der Verwaltungsrats-Vorsitzende, der Schleswig-Holsteinische Innenminister Rudolf Titzck: "Ein aufgabengerechtes Regionalprogramm gehörte zu den Voraussetzungen, die die Ministerpräsidenten vor Jahren für eine Gebührenerhöhung genannt hatten. Wenn jetzt erneut eine Gebührenerhöhung erörtert wird, muß daran erinnert werden, daß diese Voraussetzung ihr Gewicht behalten hat. Die mit der Erfüllung des regionalen Programmauftrags verbundenen Mehraufwendungen müssen trotz der Knappheit der Finanzmittel in Kauf genommen werden." Titzck erinnerte in diesem Zusammenhang noch einmal an die Verpflichtung, die Länder und Landesteile des Sendegebietes im Regionalprogramm angemessen zu berücksichtigen: "Kleinliche Minutenzählerei ist hier unangebracht. Aber ein augenfälliges und dauerndes Gefälle zugunsten oder zuungunsten eines Landes oder Landesteiles darf es nicht geben."

Die Frage, ob die Existenz von Funkhäusern außerhalb Hamburgs für den NDR eine vermeidbare Belastung darstelle, könnte man nur dann bejahen, wenn ein straffer Zentralismus der NDR-Organisation unter Vernachlässigung der landsmannschaftlichen Gliederung rundfunkpolitisch möglich wäre. Er ist aber nicht möglich und auch nicht erstrebenswert. Eine Auflösung des NDR müßte zu einem Ausbau der Funkhäuser führen, der sie in die Lage bringen würde, ein volles Programm zu produzieren und ausstrahlen. Allerdings ist der Rationalisierungseffekt durch den Drei-Länder-Charakter des NDR auch nicht so groß, daß der NDR weiterhin zu den gebenden Anstalten im Finanzausgleich der ARD gehören kann.

Die quizhafte Überschrift meines Referats signalisiert Auskünfte über eine gegenseitige Überlagerung und Verflechtung von Länder-Proporz und Partei-Proporz. Ich will mit solchen Auskünften nicht zurückhalten, zumal sie entweder allgemein bekannt oder beschaffbar sind. Bei den nachfolgenden Auskünften ist zu berücksichtigen, daß der Staatsvertrag in bezug auf den Rundfunkrat bestimmt: "Die Mitglieder des Rundfunkrats haben bei Wahrnehmung ihrer Aufgabe die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Sie sind in ihrer Amtsführung an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden." Über den Verwaltungsrat bestimmt der Staatsvertrag:

"Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben die Interessen des NDR zu fördern. Sie sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden; sie dürfen keine Sonderinteressen vertreten."

Von besonderem Interesse ist die Überlagerung von Länder- und Parteiproporz im Vorsitz von Rundfunkrat und Verwaltungsrat. Beide Gremien haben Amtsperioden von jeweils fünf Jahren. Der Vorsitz wechselt jährlich im Sommer. Partei- und Länderzugehörigkeit der Vorsitzenden des Rundfunkrats ergibt seit Gründung des NDR folgende Übersicht:

1955 - 1960	3 x SPD (alle Niedersachsen)
	1 x CDU (Schleswig-Holstein)
	1 x FDP (Hamburg)
1960 - 1965	5 x CDU (2 x Niedersachsen, 2 x Schleswig-Holstein 1 x Hamburg)
1970 - 1975	3 x CDU (2 x Hamburg, 1 x Niedersachsen)
	2 x SPD (1 x Niedersachsen, 2 x Schleswig-Holstein)
1975 - 1976	1 x SPD (Niedersachsen)
	1 x FDP (Schleswig-Holstein)

Insgesamt lag der Vorsitz des Rundfunkrats in den Jahren 1955 - 1976

14 x bei der CDU
6 x bei der SPD
2 x bei der FDP
11 x bei Niedersachsen
6 x bei Schleswig-Holstein
5 x bei Hamburg

In einem Arbeitsjahr, in dem ein Personenwechsel im Vorsitz ohne Partei- und Landwechsel stattfand, wurde der Vorsitz nur einmal gezählt.

Die entsprechende Übersicht über den Vorsitz im Verwaltungsrat sieht wie folgt aus:

1955 - 1960	5 x CDU (3 x Niedersachsen, 1 x Schleswig-Holstein, 1 x Hamburg)
1960 - 1965	6 x SPD (3 x Niedersachsen, 2 x Schleswig-Holstein, 1 x Hamburg)

In dieser Amtsperiode fand in einem Jahr ein Vorsitzwechsel statt, wobei der Vorsitz auf eine andere Person und ein anderes Land, aber nicht auf eine andere Partei überging.

1970 - 1975	3 x SPD (2 x Niedersachsen, 1 x Schleswig-Holstein)
	2 x CDU (1 x Niedersachsen, 1 x Hamburg)
1975	CDU (Schleswig-Holstein)
1976	CDU (Niedersachsen)

Insgesamt lag der Vorsitz in den Jahren 1955 - 1976

14 x bei der SPD und
9 x bei der CDU

Der Verwaltungsvorsitz lag

12 x bei Niedersachsen
6 x bei Schleswig-Holstein
5 x bei Hamburg

FDP-Vorsitzende des Verwaltungsrats gab es nicht.

Die Verflechtung und Überlagerung von Länder- und Parteiproporz wurde nicht durch Religions- oder Geschlechterproporz kompliziert.

In den Jahren 1960 bis 1972 lag der Verwaltungsratsvorsitz nur bei der SPD, der Rundfunksratsvorsitz nur bei der CDU, dann einigten sich die beiden Gruppen auf alternierenden Vorsitz in beiden Gremien.

Was die parteipolitische Zusammensetzung der Gremien angeht, so kann man es schon als Tradition ansehen, daß im Verwaltungsrat die CDU und die SPD je vier Stimmen haben. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Vorsitz im Verwaltungsrat lag in den Jahren 1970 bis 1975 dreimal bei der SPD. Er wird in den Jahren 1975 bis 1980 voraussichtlich dreimal bei der CDU liegen.

Dieses Patt im Verwaltungsrat ist insofern regional bedingt, als es annähernd die Stärke der beiden großen Parteien im Sendegebiet widerspiegelt. Veränderungen könnten hier nur bei erdrutschartigen Veränderungen von Wahlergebnissen eintreten oder wenn der Verwaltungsrat von anderen Persönlichkeiten als Parteivertretern besetzt würde und sich dadurch eine Veränderung der politischen Gewichtung ergäbe. Patt bedeutet keineswegs notwendig Immobilität. Es ist zunächst einmal ein Verhandlungsangebot mit Einigungszwang.

Der Rundfunkrat ist gegenwärtig parteipolitisch wie folgt zusammengesetzt: 11 Mitglieder gehören der CDU an, 10 der SPD und 3 der FDP. Die Rundfunkratsmitglieder werden von den Landtagen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die FDP hat ein originäres Mandat aus Niedersachsen, in Hamburg erhielt sie eines mit Hilfe der SPD, in Schleswig-Holstein eines mit Hilfe der CDU.

Die Frage liegt nahe, ob es eine Verflechtung und Überlagerung von Parteiproporz auch in der Leitung der Anstalt gibt. Nur dieser gegenseitige Zusammenhang interessiert hier. Der Staatsvertrag über den NDR wurde von zwei Regierungschefs der CDU (Sieveking für Hamburg und von Hassel für Schleswig-Holstein) und einem der SPD (Kopf für Niedersachsen) unterzeichnet. Lange Zeit gab es im Sendegebiet zwei sozialdemokratisch geführte Regierungen und eine christlich-demokratisch geführte. Gegenwärtig ist das Verhältnis 2 : 1 für die CDU, wobei die Regierung in Niedersachsen keine parlamentarische Mehrheit hat.

Die Staatsfreiheit des Rundfunks legt die unschuldige oder entrüstete Frage nahe, was denn dies mit der Besetzung der Spitzenpositionen des NDR zu tun habe. Ich will diese Frage nicht beantworten, sondern lediglich einige Fakten anführen. Seit 1961 hat der NDR jeweils einen niedersächsischen Sozialdemokraten als Intendanten und ein regional nicht näher spezifiziertes CDU-Mitglied als Stellvertretenden Intendanten. An der NDR-Spitze gibt es insoweit einen offen ausgewiesenen Parteiproporz und nicht die andernorts anzutreffende Luxusausgabe des parteinahen Proporz ohne Parteibuch. Ich möchte behaupten, daß dieser offen ausgewiesene Parteiproporz der Loyalität zur Institution Rundfunk und zur Rundfunkfreiheit nicht abträglich ist.

Zu den Eigentümlichkeiten des NDR gehört, daß er als einzige Rundfunkanstalt der Bundesrepublik einen hauptamtlichen Stellvertretenden Intendanten ohne eigenes Ressort hat. Ob diese Einrichtung durch die Dreiländer-Natur der Anstalt bedingt ist, steht nirgendwo geschrieben; aber es gibt sie ja nur in dieser Dreiländer-Anstalt. Wahl, Bestätigung und Abberufung des Stellvertreters knüpft der Staatsvertrag an die gleichen Voraussetzungen wie Wahl, Bestätigung und Abberufung des Intendanten. In anderen Anstalten bestimmt der Intendant seinen Stellvertreter entweder ohne Mitwirkung der Gremien, oder ein entsprechender Gremienbe-

beschluß erfolgt auf Vorschlag des Intendanten. Allein beim NDR hat der Stellvertreter eine unabhängige Ausgangsposition. Doch nachdem der Staatsvertrag den Stellvertreter des Intendanten mit dieser Ausgangsposition ausgestattet hat, ist er im übrigen mit Auskünften über die Rolle des Stellvertreters äußerst sparsam. Wie der Intendant hat der Stellvertreter das Recht, auf seinen Wunsch im Verwaltungsrat gehört zu werden. Im übrigen bestimmt der Staatsvertrag kurz und bündig: "Der Intendant leitet den NDR." Der Artikel 33 der Satzung lautet: "Der NDR wird nach Maßgabe des Staatsvertrages vom Intendanten, bei seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter geleitet."

Aus der beschriebenen gleichgerichteten, voneinander unabhängigen Ausgangsposition von Intendant und Stellvertreter ist jedoch nach meiner Auffassung ein Auftrag des Gesetzgebers zur Geschäftsführung im Konsens zwischen Intendant und Stellvertreter abzuleiten. Damit kann selbstverständlich nicht die Staatsvertragsbestimmung, wonach der Intendant den NDR leitet, uminterpretiert werden. Der Regelfall sollte jedoch den Intendanten und den Stellvertreter, abgesehen von der kollegialen Zusammenarbeit mit den Direktoren und anderen Mitarbeitern des NDR, als eine "Wirkungseinheit" sehen, wobei ich mir bewußt bin, daß dieser Begriff der älteren Soziologie hier nur entsprechend anwendbar ist. Die Realität entspricht im übrigen diesem Begriff, und die tatsächliche Zusammenarbeit läßt derartige theoretische Überlegungen nicht als notwendig erscheinen. Nur da hier von den Besonderheiten des NDR die Rede ist, meinte ich, daß auch diese angesprochen werden sollte.

Was die Funkhausdirektoren angeht, so ist in der Presse die Frage erörtert worden, ob für sie der Grundsatz "cuius regio eius religio" gelten solle, das heißt, ob sie die Parteizugehörigkeit des Ministerpräsidenten zu haben hätten. Auch hier will ich mich auf Auskünfte über die bekannten Vorgänge beschränken. Nachdem der Hannoversche Funkhausdirektor Ernst Mahrenholz, der der SPD angehört, ausgeschieden war, wurde nicht sein der CDU angehörender Stellvertreter Günther Pipke, sondern der der SPD angehörende Helmut Reinhardt sein Nachfolger. Die Niedersächsische Landesregierung war damals sozialdemokratisch geführt. Pipke wurde Kieler Funkhausdirektor im christlich-demokratisch regierten Schleswig-Holstein. Im Juni 1976, nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen von einer sozialdemokratisch geführten zu einer christlich-demokratisch geführten Regierung, wurde Herrn Reinhardts Vertrag als Direktor des Funkhauses Hannover verlängert.

In diesem Referat war viel von Landespolitik und Parteipolitik, von Länderproporz und Parteiproporz die Rede; Mindestens soviel wie vom Programm. Dieses Verhältnis in meiner Beschreibung kann und soll nicht bedeuten, daß der NDR mit diesen Faktoren mehr zu tun hätte als mit dem Programm. Es kann und soll auch nicht bedeuten, daß dies die entscheidenden Faktoren bei der Programmgestaltung sind. Das Programm wird von Journalisten gemacht, nach journalistischen Maßstäben und Grundsätzen, allerdings in der hier beschriebenen Drei-Länder-Anstalt mit der auch staatsvertraglich gebotenen Rücksicht auf die Drei-Länder-Realität

PAUL FELIX LAZARSFELD 1901 - 1976

Am 29. Dezember 1940 sprach Paul Lazarsfeld auf einem Forum der American Association of Teachers of Journalism über die Beziehungen zwischen Rundfunk und Presse. Er argumentierte vorsichtig bei der Beantwortung der Frage, ob der Rundfunk auf dem Gebiet der Presse irgendwelche Veränderungen bewirkt habe. Die Frage sei komplex und der Rundfunk ein noch junges Medium, dessen Zukunft - kaum absehbar - allenfalls vermutet werden könne. Immerhin sei schon ein wenig bekannt über Lese- und Hörgewohnheiten und welche Leute eher vom einen und welche vom anderen Medium erreicht würden. Auch die Ergänzungsfunktion des Rundfunks in Bezug auf die Druckmedien, beispielsweise durch Interessenweckung fürs Zeitunglesen, war schon beobachtet worden. Nun sei der Rundfunk dem älteren Medium zwar publizistisch nicht gefährlich geworden, dafür habe die Presse aber Einbußen bei ihren Anzeigenannahmen hinnehmen müssen. Die Presse habe bis vor wenigen Jahren ein Kommunikationsmonopol besessen und aus diesem Grund kaum irgendwelche Forschungen angestellt. Dagegen sei man beim Rundfunk von Anfang an außerordentlich stark an Kommunikationsforschung interessiert gewesen. Hier forderte Lazarsfeld die Presse auf, mit eigenen Untersuchungen zu folgen, damit auch eine Ausgewogenheit des Wissens über die beiden sich offenbar kommunikativ einander ergänzenden Medien erreicht werde. Schließlich sagte er eine Entwicklung voraus, die tatsächlich in wenigen Jahren ein - verlegerisch durchweg recht einträgliches - Bindeglied zwischen Rundfunk und Presse hervorbringen sollte, die Rundfunkprogramm- und Presse. Das Forumgespräch fand im übrigen zu einer Zeit statt, in der sich in den Vereinigten Staaten der erste Wettbewerbsstreit zwischen Presse und Rundfunk abspielte und die Frage der Gründung von Rundfunkgesellschaften im Besitz von Presseverlagen heftig diskutiert wurde, eine Frage, die von Lazarsfeld mit der Gegenfrage apostrophiert wurde, ob nicht auch mit Ansprüchen von Rundfunkunternehmen auf eigene Zeitungen gerechnet werden müsse, wenn nicht bald die Beziehungen zwischen den beiden Medien entspannt würden.

Der Referent war als Direktor des Office of Radio Research an der Columbia-Universität ausgewiesen, einer Einrichtung, die für den Beginn der sozialempirischen Rundfunkforschung, wenn nicht gar der sozialwissenschaftlichen Kommunikationsforschung steht.

Paul Felix Lazarsfeld, geboren am 13. Februar 1901 in Wien, promovierte 1925 an der Universität Wien über ein Thema aus der mathematischen Statistik. Seit 1923 hatte er Verbindungen zum Psychologischen Institut, das von Karl und Charlotte Bühler geleitet wurde; er richtete statistische Übungen für Psychologiestudenten aus und entwickelte sozialpsychologische Forschungsvorhaben. 1931 half er Herta Herzog bei ihrer Dissertation zur Psychologie des Rundfunks, und im Herbst des gleichen Jahres war er an der Entwicklung einer Hörerumfrage für die österreichische Rundfunkgesellschaft RAVAG beteiligt. Mit seiner ersten Frau Marie Jahoda und mit Hans Zeisel veröffentlichte er 1933 eine Untersuchung über die sozialen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit. Hierdurch wurde die Rockefeller-Stiftung auf ihn aufmerksam. Mit einem Stipendium dieser Stiftung traf Lazarsfeld im Herbst 1933 in den Vereinigten Staaten ein. Er besuchte die wichtigen Soziologen und Sozialpsychologen, vor allem aber interessierten ihn die Möglichkeiten der angewandten Sozialforschung. 1935 entschloß er sich, angesichts der politischen Entwicklung in Österreich in den Vereinigten Staaten zu bleiben.

Im Jahre 1936 wurde er mit der Leitung eines neugeschaffenen Forschungszentrums der Universität Newark betraut, wo Marktforschung betrieben wurde, aber auch eine Zeitschriftenuntersuchung entstand. Er lernte die beiden Sozialpsychologen Hadley Cantril und Gordon Allport kennen, die soeben eine erste Psychologie des Rundfunks veröffentlicht hatten. Cantril und Frank Stanton, der Leiter der Forschungsabteilung des Columbia Broadcasting System (CBS), vermittelten Lazarsfeld 1937 eine Position, die zu seiner wissenschaftlichen Schlüsselstellung werden sollte, die Leitung eines Rundfunkforschungs-Projekts an der Princeton-Universität (Princeton Radio Research Project). Von nun an setzte eine ungeahnte Aktivität ein, die sich in noch kaum überschaubaren Forschungsberichten niederschlug. Manches blieb unveröffentlicht; von den publizierten Ergebnisberichten zur Programmforschung und zur Hörerforschung, meist differenziert nach publizistischen, psychologischen, soziologischen, politologischen und wirtschaftlichen Fragestellungen, gehören nicht wenige noch heute zu den Standardtexten in kommunikationswissenschaftlichen Lehrbüchern. Ein Untersuchungsverfahren wurde entwickelt aus einem in der experimentellen Psychologie damals verwendeten Gerät zur Aufzeichnung von Reaktionen. Das Gerät bekam den Namen "Lazarsfeld-Stanton Program Analyzer" und wird ebenfalls noch heute - auch in der Fernsehforschung und in der Werbeforschung - benutzt. Die Publikumsforschung, vor allem die Panelbefragung neben der allgemeinen Umfrage bei Hörern und Nichthörern, ferner die Gruppendiskussion und der Einzel- und Gruppentest - auch mit offenen Fragen -, alle diese Methoden und Techniken der Rundfunkforschung sind in jenen zehn Jahren zwischen 1937 und 1947 teils übernommen und hergerichtet, teils völlig neu entwickelt worden.

1939 ging die Forschungsstelle von Princeton weg an die Columbia-Universität. Sie trug nun den Namen: Office of Radio Research. Im folgenden Jahr erhielt Lazarsfeld an dieser Universität eine Professur für Soziologie, die er bis 1967 innehatte. Zu seinen Mitarbeitern und Schülern gehörten zahlreiche Persönlichkeiten, die in der Hochschulforschung und in der angewandten Sozialforschung sich einen Namen machten. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren die beiden Mitdirektoren der Forschungsstelle Cantril und Stanton sowie Herta Herzog, die er 1936 geheiratet hatte, Edward Suchman, Bernard Berelson, Hazel Gaudet und Elmo Wilson, Robert Merton, Elihu Katz und Morris Rosenberg, Marjorie Fiske, Katherine Wolfe, Alberta Curtis und Patricia Kendall, die er 1949, nach der letzten umfassenden Rundfunkuntersuchung, heiratete. Von den Fachkollegen zählte vor allem Samuel Stouffer zu seinen Freunden, aber auch David Riesman. Von 1938 bis 1941 wirkte Theodor W. Adorno am Princeton-Projekt mit. Aus der Horkheimer-Gruppe - wie Lazarsfeld die Gruppe um das Institute of Social Research nannte, die Nachfolgeeinrichtung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung - haben auch Rudolf Arnheim und Leo Löwenthal bei Projekten der Rundfunkforschung mitgearbeitet. Im Zweiten Weltkrieg kam es zu einer Zusammenarbeit mit der New School of Social Research, die ein Forschungsprojekt zur totalitären Kommunikation ausrichtete, darunter Arbeiten über Rundfunk und Propaganda im Dritten Reich von Ernst Kris und Hans Speier.

Anfang der vierziger Jahre stellte sich heraus, daß immer häufiger die Nachbarmedien des Rundfunks bei den Untersuchungen mitberücksichtigt werden mußten; als Berater militärischer Forschungsstellen wandte sich Lazarsfeld beispielsweise dem Medium Film zu. Seine Institution erhielt

im Krieg den neuen Namen Bureau of Applied Social Research, - augenfälliger Ausdruck der Aufhebung jener ursprünglichen, beinahe ausschließlichen Orientierung an der Rundfunkforschung. Inzwischen war auch die erste Wahlkampfuntersuchung der Forschungsstelle 1940 ausgerichtet und 1944 veröffentlicht worden. Dabei war die heute klassische publizistische Einflußrolle des Meinungsführers sowie ein Erklärungsmodell für den Zusammenhang von Mund- und Medienpublizistik, die sogenannte Zweistufenweg-Hypothese, entdeckt worden. Auch dieses Ergebnis wies weit über die medienspezifischen Ursprünge der Lazarsfeldschen Forschungsinteressen hinaus. Dennoch wertete er mit dem Bureau of Applied Social Research noch zweimal nach dem Zweiten Weltkrieg - im Winter 1945 -46 und im Sommer 1947 - umfassende Umfragen über das Rundfunkpublikum in den Vereinigten Staaten aus und veröffentlichte die Ergebnisse. Mit Beginn der fünfziger Jahre ging er jedoch an die mathematisch-theoretische Ausarbeitung seiner methodologischen Erkenntnisse und betrieb die wissenschaftspublizistische Verbreitung der an seiner Forschungseinrichtung gewonnenen, forschungsmethodologischen und -technischen Erfahrungen. Als Gastprofessor wirkte er 1948/49 in Oslo und 1962/63 in Paris. 1967/68 schrieb er in Paris für den UNESCO-Bericht über die Hauptströmungen der sozialwissenschaftlichen Forschung den Teil der Soziologie der Gegenwart.

Im Vorwort zu einer 1972 erschienenen Sammlung mit Reden und Aufsätzen unter dem überraschenden Titel "Qualitative Analysis" (Boston 1972, 457 Seiten) schrieb Lazarsfeld, er sei immer von der wechselseitigen Bedingtheit quantitativer und qualitativer Arbeit überzeugt gewesen. Deshalb habe er - weil er selbst eher der quantitativen Seite zuzurechnen sei - immer bei der Wahl seiner Mitarbeiter auf Ausgewogenheit Wert gelegt. Paul Felix Lazarsfeld starb am 30. August 1976 in New York.

Bibliographie von Sammelpublikationen zur Rundfunkforschung des Princeton Radio Research Project/Office of Radio Research:

1. Radio Research. The Journal of Applied Psychology, Vol. 23, No. 1/February 1939, S. 1 - 219 (= Themenheft Rundfunkforschung).
2. Progress in Radio Research. The Journal of Applied Psychology, Vol. 24, No. 6/December 1940, S. 659 - 861 (= Themenheft Rundfunkforschung).
3. Radio and the Printed Page. An introduction to the Study of Radio and its Role in the Communication of Ideas, hrsg. von Paul F. Lazarsfeld. New York 1940, xxii + 354 Seiten.
4. Sociology of Communication. Studies in Philosophy and Social Science, Vol. IX, No. 1/1941, S. 1 - 120 (= Themenheft Rundfunkforschung).
5. Radio Research, 1941, hrsg. von Paul F. Lazarsfeld und Frank Stanton. New York 1942, 333 Seiten.
6. Radio Research, 1942 - 1943, hrsg. von Paul F. Lazarsfeld und Frank Stanton. New York 1944, 599 Seiten.
7. The People Look at Radio, von Harry Field und Paul F. Lazarsfeld. Chapel Hill 1946, 158 Seiten.
8. Radio Listening in America. The People Look at Radio - Again, von Clyde Hart, Paul F. Lazarsfeld und Patricia L. Kendall. New York 1948, 178 Seiten.

9. Communication Research, 1948 - 1949, hrsg. von Paul F. Lazarsfeld und Frank Stanton. New York 1949, vii + 332 Seiten.

Autobiographisches:

10. Paul F. Lazarsfeld: Eine Episode in der Geschichte der empirischen Sozialforschung: Erinnerungen. In: Talcott Parsons, Edward Shils, Paul F. Lazarsfeld: Soziologie - autobiographisch. Stuttgart 1975, S. 147 - 225.

Dokumentarisches:

11. Marjorie Fiske und Paul F. Lazarsfeld: The Columbia Office of Radio Research. In: Hollywood Quarterly (Berkeley-Los Angeles), Vol. 1, No. 1/October 1945, S. 51 - 59

W.B. Lerg

BIBLIOGRAPHIE

Zeitschriftenlese 1 (1. 5. - 30. 8. 1976)

Seit der Publizistikwissenschaftliche Referate-Dienst (prd) 1975 sein Erscheinen mit der Nr. 3 - 5 des 6. Jg. (1971) eingestellt hat, ist eine empfindliche Lücke bei der bibliographischen Erfassung vor allem der aktuellen publizistik- und kommunikationswissenschaftlichen Zeitschriftenliteratur entstanden. Beginnend mit dieser Nummer der MITTEILUNGEN möchte die künftig kontinuierlich erscheinende ZEITSCHRIFTENLESE diese Lücke für die Geschichte des deutschen Rundfunks schließen. Am Institut für Publizistik in Münster bearbeitet, erfaßt die Bibliographie einschlägige in- und ausländische wissenschaftliche und Fach-Zeitschriften, Standesorgane und Medienkorrespondenzen. Dabei bedingt die unterschiedliche Art der ausgewerteten Quellen auch die Qualität der einzelnen Titel: es werden demnach neben wissenschaftlichen Abhandlungen auch kleinere Beiträge, Berichte und biographische Notizen aufgenommen. Die bibliographischen Angaben bleiben wegen des beschränkten Raumes auf ein vertretbares Mindestmaß zusammengefaßt. Arnulf Kutsch

- Herbert Antoine: Aus den Kinderjahren des Rundfunks. Schulfunkbeginn vor 50 Jahren. Kirche und Rundfunk 1976, Nr. 36, S.2-3
- Friedrich Baser: Die Entstehung des SWF-Sinfonie-Orchesters. Heinrich Ströbel machte Baden-Baden zum Musikzentrum. Südwestfunk Intern 1976, Nr. 2, S.18-19
- Andrea Brunnen: Fakten, Daten und Gedanken zur Werbung (VI): Der Rundfunk wurde wieder interessant. Fernseh-Informationen, Nr. 9, S.194-197
- Horst Buttenbender: Regionales auf dem Radarschirm. Zehn Jahre "Blick ins Land". Südwestfunk Intern 1976, Nr. 3, S.22-23
- Ansgar Diller: Vor 50 Jahren: Ein Ätherkrieg wird durch einen Wellenplan verhindert. Zum ersten "Genfer Wellenplan" von 1926. Kirche und Rundfunk 1976, Nr. 39, S.4-5
- Ansgar Diller: Aus den Kinderjahren des Rundfunks. Rundfunkpredigten 1927: Flucht vor der Zensur in die Selbstzensur. Kirche und Rundfunk 1976, Nr. 53, S.3-4
- Erika Engelbrecht: Seven years of 'Mosaik' - a ZDF series for the older generation. A descriptive report. EBU Review 1976, Nr. 4, S.28-31
- (Henner Faehndrich): Ein ehrliches, hartes Handwerk. SWF "intern" - Gespräch mit Autor Heinz Oskar Wuttig. Südwestfunk Intern 1976, Nr. 3, S.26-28
- Heinz Rudolf Fritsche: Friedrich Bischoff ist tot. Fernseh-Informationen 1976, Nr. 10, S.228
- Georg von Glowczewski: Rundfunkgeschichte als Institution. Der Studienkreis Rundfunk und Geschichte i.V. Funk-Korrespondenz 1976, Nr. 23, S.2-4; vgl. dazu: Zuschrift Prof. Dr. Hans Bausch, Intendant des SDR. Funk-Korrespondenz 1976, Nr. 25, S. K5
- Gerhart Goebel: Vor 40 Jahren. (I) Fernsehen während der XI. Olympischen Spiel in Berlin. Fernseh-Informationen 1976. Nr. 12, S.264-267; (II) Das Programm der Olympischen Spiele 1936, Nr. 13, S.294-296; (III) Fernsehen während der XI. Olympischen Spiele in Berlin, Nr. 14, S.313-314

- Bruno Häberer: Illegale Empfänger im KZ Neuengamme. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 1976, Nr. 1, S.48-55
- Peter A. Horn: Und so begann das Fernsehen beim Südwestfunk. Südwestfunk Intern, Nr. 3, S.7-9
- hy. (=Friedrich Wilhelm Hymmen): Zum Tode von Friedrich Bischoff. Kirche und Rundfunk 1976, Nr. 41, S.8-9
- Rainer Kabel: 50 Jahre Schulfunk. TV-Courier/Dokumentation 1976, Nr. 15, S.11-12
- Ernst von Khuon: Mondlandung in der Stadthalle..... und das 15 Jahre vor Apollo. Südwestfunk Intern 1976, Nr. 3, S.10-12
- Wolfgang Kleinert: Am Puls der Hörer. Erinnerungen an die Anfangszeit von "Radio DDR" vor 20 Jahren. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 1976, Nr. 1, S.5-13
- Brigitte Knott: Ein Funktionär hat Geburtstag: Werner Egk ist 75 geworden, besonders im Fernsehen. Funk-Korrespondenz 1976, Nr. 21, S.11
- Brigitte Knott: Porträt eines Senders. Sibylle Grube: Rundfunkpolitik in Baden und Württemberg 1924 - 1933. Funk-Korrespondenz 1976, Nr. 23, S.4
- Gerd Krystof: Südwest 3 - das "andere" Programm. Südwestfunk Intern 1976, Nr. 3, S.24-25
- Herbert Kundler: 30 Jahre RIAS Berlin. Auszüge aus einem Vortrag des Programmleiters. RIAS Quartal 1976, Nr. 2, S.7-8
- Hermann Naber: Ein Preis für Hörspielmacher. Anmerkungen zur Geschichte des Karl-Sczuka-Preises. Kirche und Rundfunk 1976, Nr. 54, S.1-4
- A. I. Petrow: Die Tonaufnahmen der Reden Lenins. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 1976, Nr. 1, S.57-70
- (Bernhard Rübenach): In memoriam Friedrich Bischoff. ARD-Pressedienst 1976, Nr. 27, S.2-3
- Maximilian Scheer: Meine Rückkehr zur Dramatik. Erinnerungen an meine Arbeit als Leiter des "Künstlerischen Worts" 1949 - 1952. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 1976, Nr. 1, S.14-17
- Heinz Schwitzke: 50 Jahre Hörspiel. Neue Rundschau 1976, Nr. 2, S.281-301
- Heinz Thies: 25 Jahre Meß- und Empfangsstation Wittsmoor des NDR. ARD-Pressedienst 1976, Nr. 23, S.I/6-I/8
- Werner Titze: Es geschah Anno 1946. Südwestfunk Intern 1976, Nr. 2, S.5-6
- Horst Uhse: Gedanken eines "30jährigen". Südwestfunk Intern 1976, Nr. 2, S.12-13
- Horst Uhse: Erinnerungen eines "Tiewie"-Neulings von Anno dazumal. Südwestfunk Intern 1976, Nr. 3, S.13
- Ernst W. Viets: Der Nord- und Westdeutsche Rundfunkverband: Fünf Jahre zwischen Zentralisierung und Regionalismus. Eine Untersuchung zur Organisationsgeschichte des Rundfunks in Nordwestdeutschland. Rundfunk und Fernsehen 1976, Nr. 1 - 2, S.58-80
- Günther Vogt: Nachruf auf einen Pionier. Fred von Hoerschelmann, Flucht vor der Freiheit. Hörspiel. Funk-Korrespondenz 1976, Nr. 32, S. K1-K2
- Wgf. (=Kurt Wagenführ): Berlin setzte seine Fernseh-Tradition fort. Eine vorbildliche Programm Vorbereitung vor 25 Jahren. Fernseh-Informationen 1976, Nr. 9, S.198-199

- Kurt Wagenführ: Die Entwicklung des Fernsehens in Deutschland. Südwestfunk Intern 1976, Nr. 3, S.5-6
- Wgf.(=Kurt Wagenführ): Noch im Tode ein Unruhestifter: Lord Haw-Haw - "La Pasionaria" in Rom. Fernseh-Informationen 1976, Nr. 16, S.375-376
- 30 Jahre Südwestfunk. Am 31. März 1946 wurde das erste SWF-Radioprogramm gesendet. Südwestfunk Intern 1976, Nr. 2, S.2-4
- Rundfunkgeschichte als Programmgeschichte - ein weites Feld. Fernseh-Informationen 1976, Nr. 10, S.221
- Termine im Juli (Rückschau). Fernseh-Informationen 1976, Nr. 11, S. 247-248; Termine im August (Rückschau). Nr. 13, S.300
- 30 Jahre RIAS Berlin. Glückwünsche und Erklärungen. RIAS Quartal 1976, Nr. 1, S.3-4
- Professor e.h. Friedrich Luft. Ehrung zum 30. Geburtstag der "Stimme der Kritik". RIAS Quartal 1976, Nr. 1, S.5
- Aus der Programmstatistik des ZDF. In 13 Jahren 4.353 Sportsendungen, ZDF Presse Journal 1976, Nr. 16, S.5
- 10 Jahre "Der 7. Sinn". TV Courier-Dokumentation 1976, Nr. 16, S.4
- Seit 20 Jahren im deutschen Fernsehen: Heinz Sielmanns "Expedition ins Tierreich" feiern Jubiläum. ARD-Pressedienst 1976, Nr. 28, S.I/1-I/2
- Dokumentation: Forderungen werktätiger Hörer an den bürgerlichen Rundfunk 1929, Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 1976, Nr. 1, S.71
- 25 Jahre SWF-Rundfunkorchester. Südwestfunk Intern 1976, Nr. 3, S.2

BESPRECHUNGEN

Peter Gödecke: Der Stellenwert des Sports im Hörfunkprogramm. Dargestellt an der Entwicklung des Sportfunks bei drei Rundfunkanstalten seit 1945 unter besonderer Berücksichtigung des NWDR (NDR/WDR), Münster 1976, 299 S. (Bd. 16 der Arbeiten aus dem Institut für Publizistik an der Universität Münster).

Eine Dokumentation des Sportfunks in den dreißig Nachkriegsjahren: das ist allemal verdienstvoll und notwendig obendrein, zumal sich die Programm-Macher aus der flüchtigen Tagesperspektive heraus selten reflektierend mit ihrer Arbeit auseinandersetzen. Gödecke hält den Sportfunkjournalisten den Spiegel vor; was sie zur Kenntnis nehmen, ist schmeichelhaft und betrüblich zugleich. Der umfangreiche statistische Teil, hinter dem eine respektable Buchhalter-Leistung steht, gibt Auskunft über den Aufstieg des Sports und der ihm gewidmeten, kontinuierlich wachsenden Programmzeiten; von den ersten Sendeminuten 1945 bis zu den kaum mehr überbietbaren "Live-Orgien" Olymischer Spiele, die das non-plus-ultra aktueller Sportberichterstattung darstellen. Der Sport hat sich so rasant zu einem gewichtigen Faktor der Gesellschaft-, der Sozial-, Gesundheits-, ja selbst der Weltpolitik entwickelt, daß die Sportkommunikatoren Mühe haben, den vielfältigen Aspekten nachzugehen, sie aufzuspüren und im Programm wirkungsvoll transparent zu machen.

Das Selbstverständnis der Sportredakteure basiert auf der simplen Erkenntnis, daß die beste Sendung nichts taugt, wenn sie von niemandem gehört wird. Der Autor geht von einer falschen Prämisse aus, wenn er zwischen den Zeilen den erhobenen Zeigefinger zu erkennen gibt, der mahnend auf den angeblichen Überstand hinweist: "Der Sport läßt sich weitgehend von der Interessenlage seiner Hörer leiten." Was wäre die Alternative? Auf der Prioritätenliste der Sportredakteure steht der "Dienst am Kunden" noch immer an erster Stelle, will heißen: wenn ein Sender (Beispiel Fußball) dem historisch gewachsenen, immensen Interesse vieler Menschen am Fußballspiel mit einer eigenen, nur dieser Sportart gewidmeten Sendung entgegenkommt, die inzwischen zu den beliebtesten und meistgehörten zählt, dann ist das eine angemessene Reaktion auf die Bedürfnisse des Publikums.

Im Laufe der Jahre, so die These des Autors, ist ein Mißverhältnis entstanden, da sich der Sportfunk fast ausschließlich an der Interessenlage der Fußballhörer orientiert und andere Gebiete links liegen läßt. Hier gibt Gödecke einen ernstzunehmenden Denkanstoß. Freilich macht er es sich zu leicht und erfüllt nicht die Ansprüche an eine wissenschaftliche Arbeit, wenn er lediglich die Thesen des früheren NDR-Sportchefs Horst Seifarth übernimmt, der die hauptsächliche Aufgabe des Sportfunks im regionalen Bereich sieht. Sicher sollte ein Behindertensportfest in Hamm oder ein Trimm-Dich-Wettbewerb in Solingen einen Programmplatz finden, überhaupt müßte der aufklärerische Sozialjournalismus, wie Conrad Ahlers ihn einst propagierte, gerade auf dem Sportsektor stärker praktiziert werden. Der Nutzen sportlicher Betätigung wird von der Medizin nicht nur anerkannt, sondern ausdrücklich gewürdigt. Hier liegt eine große Zukunftsaufgabe, durch die sich der Stellenwert des Sports im Hörfunk positiv verbessern ließe. Freilich alles zu seiner Zeit und an seinem Platz (möglichweise in Regionalprogrammen), keineswegs jedoch auf Kosten jener Sendezeiten, in denen,

wie Kritiker Gödecke schreibt, nur ein "vordergründiges Aktualitätsbedürfnis" befriedigt wird. Die Aufgabenstellung des Sportfunks hat sich nämlich trotz aller Veränderungen im Sportbetrieb nicht geändert; soviel Hörer wie möglich an die Lautsprecher fesseln.

Rolf Kunkel

Friedrich P. Kahlenberg:
RUNDFUNK IM MUSEUM
Aus Anlaß eines Kataloges

Die Faszination des Mediums Rundfunk sich in der musealen Erfahrung vorzustellen, wirkt im ersten Ansatz irritierend. Museen informieren zwar, sie konservieren aber auch. Museumsstücke, so legt es unser Sprachempfinden zumindest nahe, deuten auch auf eine Entrückung, eine Distanz zur alltäglichen Nutzung. Die Begegnung mit den Objekten in einem Museum zu suchen, setzt einen Anstoß voraus, der dann freilich je nach Charakter der Präsentation in den Museen in einem gleichsam dialektischen Prozess neue Einsicht zu vermitteln vermag. Ist aber der Abstand zur doch nach wie vor allseits gebotenen Möglichkeit der Erfahrung von Leistung und spezieller Eigenart des Mediums Rundfunk bereits so groß geworden, daß die Gegenwart der Vermittlung eines auf den Rundfunk spezialisierten Museums bedarf? Oder bliebe an eine historische Motivation zu denken? Ist etwa unsere Einsicht in die geschichtliche Funktion des Mediums unter bestimmten Voraussetzungen während der zurückliegenden Jahrzehnte so nachdrücklich bewußt geworden, daß wir uns veranlaßt sehen, die spezifischen historischen Formen der Rundfunkarbeit in einem Museum zu konservieren? Ist es der Zeugnischarakter von Objekten der Geschichte des Rundfunks, der ein Museum tragen könnte?

Das Deutsche-Rundfunkmuseum zu Berlin veröffentlichte im August des Jahres 1975 zur Funkausstellung einen Katalog, der an dieser Stelle anzuzeigen ist:

Deutsches Rundfunk-Museum. Redaktion Heide Riedel,
Ulrich Thiele. Deutsches Rundfunk-Museum, Berlin 1975,
Loseblatt-Sammlung in Stehordnern.

Das Deutsche Rundfunk-Museum war im Jahre 1967 gleichfalls zur Funkausstellung eröffnet worden. Es wird von einem eingetragenen Verein getragen, dessen Zielsetzung hier aus der Katalogveröffentlichung noch einmal zitiert sei. Auf Seite V heißt es dort:

"Wissenschaft, Kunst, Erziehung, Volks- und Berufsbildung sollen gefördert werden durch 1. Sammlung, Systematisierung und Darstellung aller Gegenstände, die für die geschichtliche Entwicklung des Rundfunks in Deutschland (Hörfunk und Fernsehen) wichtig sind; 2. Veranstaltung von Ausstellungen; 3. Bereitstellung von Leihgaben für wissenschaftliche Demonstrationen, Filme, Fernsehproduktionen; 4. Herstellung von Kontakten mit ähnlichen Einrichtungen anderer Staaten und Pflege eines engen Kontaktes

mit der internationalen wissenschaftlichen Fachwelt; 5. Herausgabe von Publikationen: a) Katalog, b) Schriftenreihe (ab 1975), c) Informationen."

Die Formulierung der Zielsetzung spricht für die primäre historische Motivation der Arbeit des Deutschen Rundfunk-Museums. An Hand gesammelter Gegenstände zur Geschichte des Rundfunks in Deutschland sollen die wissenschaftliche wie die erzieherische und bildende Arbeit gefördert werden. Entsprechend diesem Grundanliegen weisen die Punkte 2 bis 5 in der Liste der Zielvorstellungen auf die Nutzung des Museums als eines Kommunikationszentrums für die Rolle des Rundfunks in der Geschichte hin. Dies ist auf den ersten Blick eine umfassende Verpflichtung, wobei die Frage bleibt, in welchem Umfange sie durch die vorgegebenen institutionellen Möglichkeiten verwirklicht werden kann. In seinem darstellenden Beitrag über das Deutsche Rundfunk-Museum in Berlin (MITTEILUNGEN 1/1975, Nr. 4, S. 6 f.) sprach Rainer Kabel, 2. Vorsitzender des Vorstands des Rundfunk-Museums, von dem wichtigen Einschnitt, den das Museum in seiner jungen Entwicklung Anfang der siebziger Jahre erfuhr. Danach ergibt sich der Eindruck, daß sich die Arbeit des Museum-Vereins in den ersten Jahren ganz eindeutig auf die Darstellung der technischen Entwicklung des Rundfunks konzentriert hatte, und daß die oben zitierte Zielsetzung erst das Produkt einer Revision in der Sicht der Aufgabenstellung ist. Begonnen hatten die zur Gründung des Museums führenden Aktivitäten bereits Anfang der sechziger Jahre mit der Sammlungs- und Dokumentationsstätigkeit von Dr. Herbert Antoine, der auch der erste Direktor des Rundfunk-Museums im Jahre 1967 wurde. Rainer Kabel berichtete in seinem oben erwähnten Beitrag darüber wie folgt:

"Geräte und Dokumente wurden gesammelt; der Plan der ersten Ausstellung wurde sorgfältig vorbereitet: ein Ehrenraum für verdiente Rundfunkpioniere sollte die Erinnerung an verdiente Persönlichkeiten der Rundfunkgeschichte pflegen; Technik- und Empfängerentwicklung, Studio- und Verstärkertechnik, Schallaufzeichnungen, das Leitungs- und Übertragungsnetz, das Sendernetz, die Entwicklung der Studiotechnik und der Röhren, Funkhäuser und Funktürme früher und heute, Organisationsübersichten, Funkliteratur der Anfangsjahre, Funkzeitschriften, Rundfunk- und Fernsehgewerkschaften, Programmübersichten, Geschichte der Rundfunkanstalten, Tondokumente, Hörerforschung, Karikaturen zum Thema Rundfunk, Briefmarken mit dem Rundfunkmotiv, die erste Rundfunk-Plastik sollten gezeigt werden."

Die Aufzählung unterstreicht die primär technikgeschichtliche Ausrichtung des Ausstellungskonzeptes von 1967, dem die Bereiche Programm, Geschichte der Anstalten und Hörerforschung lediglich angegliedert worden waren. Nach diesen Vorausinformationen gewinnt die Katalogveröffentlichung von 1975 besonderes Gewicht, wird sie doch vor allem unter dem Gesichtspunkt geprüft werden müssen, inwieweit das Deutsche Rundfunk-Museum in der Zwischenzeit sein Ausstellungsprogramm auf die umfassendere rundfunkgeschichtliche Konzeption der Museumsarbeit einzustellen vermochte.

Herausgeber und Redaktion haben darauf verzichtet, die Katalogveröffentlichung im Titel als solche zu bezeichnen. Diese Zurückhaltung, die in Vorwort und Einleitung nicht mehr geübt wurde, könnte zu Mißverständnissen veranlassen. Ohne Zweifel handelt es sich bei der Veröffentlichung in erster Linie um den Katalog 'der historischen Geräte der Unterhaltungs-Elektronik' in den Beständen des Museums, mit anderen

Worten um die umfassendste Beschreibung von Rundfunkempfangsgeräten aus Deutschland, die seit den Anfängen der Rundfunkindustrie bis in die fünfziger Jahre produziert worden waren. In diesem umfangreichsten Teil des Kataloges werden etwa 300 Empfangsgeräte, Lautsprecher, Plattenspieler, Verstärker, Tonband- und sonstige Zusatzgeräte auf je einem Katalogblatt beschrieben. Die Mehrzahl der Geräte, fast die Hälfte der in dem Katalog aufgenommenen, entstammt der Produktion der dreißiger Jahre, während die Frühzeit immerhin mit 65 Objekten, die Zeit von 1945 bis 1959/60 indessen nur mit 58 Geräten vertreten ist. Die detaillierte Beschreibung der Geräte und die grundsätzliche Beigabe einer Abbildung jedes beschriebenen Objektes verdient Anerkennung. Der Katalog der Beschreibungselemente umfaßt Angaben zu Schaltung, Röhren, Kreise, Wellenbereiche, Lautsprecher, Betriebsspannung, Gehäuse, Skala und Abstimmung, Gewicht und Abmessung; daneben wird jeweils angegeben, ob Schaltbilder für die Geräte vorliegen. Bei einer Erweiterung des Katalogs ist im übrigen nach dem Vorwort geplant, die Schaltbilder und kurze Schaltungsbeschreibungen zusätzlich aufzunehmen. Auf eine Numerierung dieses Katalogteils wurde ebenso verzichtet wie auf die Beigabe eines Index der im einzelnen beschriebenen Geräte. Diese Entscheidung mag durch den Charakter der auf eine spätere Ergänzung angelegten Loseblatt-Sammlung bestimmt worden sein, ist aber gleichwohl bei der Benutzung lästig, ja hinderlich. Da die Beschreibung der einzelnen Geräte chronologisch vorgenommen wurde, ist ein Nachschlagen einzelner Fabrikate gezielt nur bei Kenntnis des Herstellungsjahres möglich. Ob sich schließlich die Systematik der Katalognummern in der Praxis der Museumsarbeit bewährt, muß die Erfahrung lehren; zunächst scheint die Zusammensetzung der Katalognummern aus Baujahr, Herstellung, Numerierung gleichartiger Geräte eines Herstellers im selben Baujahr und Funktionsangabe des Geräts relativ komplex.

Während der Hauptteil des Katalogs mit den Gerätebeschreibungen primär dem technikgeschichtlichen Interesse dient, ist die Beschreibung der zur Funkausstellung des Jahres 1973 in Berlin eröffneten Ausstellung "50 Jahre Deutscher Rundfunk" auf 23 Seiten im ersten Teil der Veröffentlichung eigentlicher Ausdruck des neuen, allgemein rundfunkgeschichtlichen Konzepts des Deutschen Rundfunk-Museums. Kern der Beschreibung ist eine Abbildung der die Ausstellung tragenden sieben unterschiedlichen "Situationen" aus der Rundfunkgeschichte. Diese Dekorationen betreffen im einzelnen 1. die Nachbildung des "Vox-Haus-Studio" in Berlin aus der Anfangszeit des deutschen Rundfunks überhaupt, 2. die Darstellung der Empfangssituation in einem "Wohnzimmer aus den zwanziger Jahren", 3. die Nachbildung eines Geschäftslokals "Rundfunkladen mit Werkstatt", 4. den Nachbau einer der 1936 in Berlin eingerichteten "Öffentlichen Fernsehstube (n)", 5. die Empfangssituation für Luftlagemeldungen während des zweiten Weltkrieges in einem "Luftschutzkeller", 6. die Darstellung der Empfangssituation im "Wohnzimmer aus den fünfziger Jahren", schließlich 7. das Beispiel eines "Modernen Wohnzimmer (s)" mit der Vielzahl der dort in der Regel verfügbaren elektronischen Unterhaltungsgeräte. Abbildung und knappe Beschreibung dieser sieben "Situationen" werden im Katalog mit knappen informierenden bzw. einführenden Darstellungen zur rundfunkgeschichtlichen Entwicklung in den vergangenen 50 Jahren ergänzt, etwa zur organisatorischen Entwicklung des deutschen Rundfunkwesens zu Situation 1, u.a. mit Daten zur Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG) und einem Diagramm zur Rundfunkstruktur 1923 - 1933 zu Situation 2, mit einer Beschreibung des Fernsehenders Paul Nipkow, der Wiedergabe des Fernsehprogramms vom 15. Januar 1936 und einer knappen Orientierung über die Bedingungen des Fernsehempfangs in der Frühzeit zu

Situation 4. Sämtliche dieser Texte zeugen von dem Bemühen, die Besucher der Ausstellung über das Hilfsmittel des Katalogs mit den Voraussetzungen und politischen wie ökonomischen Rahmenbedingungen der Rundfunkarbeit in Deutschland zumindest in Andeutungen vertraut zu machen, um auf diese Weise Verständnis für die historischen Bedingungen zu wecken. In der Einleitung zu diesem Katalogteil (S. A 1) wird noch mitgeteilt:

"Um die dargestellten Situationen zu vervollständigen, werden originale Hörfunk- und Fernsehprogramme ständig eingespielt. Projektionsreihen ausgewählter historischer Fotos verdeutlichen zusätzlich politische und gesellschaftliche Zusammenhänge."

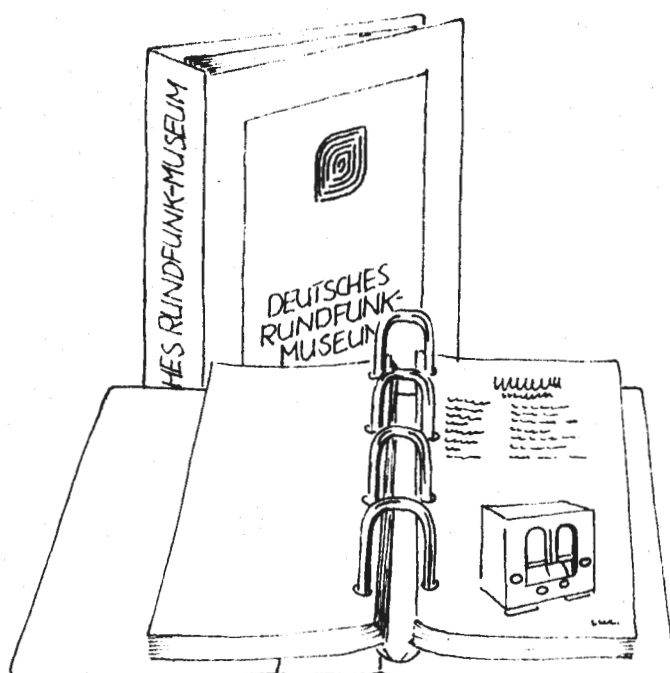
Dieses wichtige Indiz für eine Einbeziehung der Programminhalte in die Präsentation des Rundfunk-Museums findet leider im Katalog selbst keinen weiteren Niederschlag mehr. Mit Sicherheit würde eine knappe Liste der jeweiligen Tonbeispiele zu den einzelnen "Situationen" den Informationswert des Katalogs erhöhen. Und ganz ohne Zweifel hätten die Themen der erwähnten Projektionsreihen historischer Fotos den Umfang des Katalogs nicht gesprengt.

Dem Katalog sind schließlich noch zwei Beschreibungen von Sondereinrichtungen des Deutschen Rundfunk-Museums beigegeben. Diese gelten zunächst der für lizenzierte Funkamateure benutzbaren Amateurfunkstation, die um Angaben zur Entwicklung des Amateurfunks ergänzt wurde, danach der Beschreibung der Technik der Kunstkopf-Stereophonie von Winfried Göpfert (S. B 1-6 und C 1-4). Nach der Durchsicht der Katalog-Veröffentlichung liegt die Feststellung nahe, daß mit ihr drei unterschiedliche Zielvorstellungen verwirklicht werden sollten. Denn Katalog im Wortsinne ist im Grunde nur jener Teil der Veröffentlichung, in dem die Ausstellung "Fünfzig Jahre Deutscher Rundfunk" beschrieben wird. Der Hauptteil dagegen stellt eine Veröffentlichung über Empfangsgeräte der deutschen Rundfunkindustrie in vier Jahrzehnten dar und wendet sich ihrem wissenschaftlichen Charakter entsprechend an ein spezialisiertes Publikum mit betont technikgeschichtlichen Interessen; bei dem Laien oder dem an der Rundfunkgeschichte nur allgemein interessierten Besucher des Deutschen Rundfunk-Museums dürften durch die Präsentation der älteren Geräte allenfalls nostalgische Reminiszenzen geweckt werden. An dritter Stelle bliebe unter den Zielvorstellungen schließlich noch die Präsentation von Sondereinrichtungen zu erwähnen; beide in der Veröffentlichung enthaltenen Beschreibungen der Amateurfunk-Station wie des Kunstkopf-Stereo-Studios dienen einem aktuellen Informationszweck. Es bleibt zu fragen, ob sie als permanente Einrichtungen gedacht sind oder einmal durch die Präsentation anderer Zweige der Sende- und Empfangstechnik abgelöst werden sollen. Aber nachhaltiger drängt sich noch die Frage auf, warum sich der herausgebende Vorstand des Rundfunk-Museums und die Redaktion nicht entschließen konnten, statt die drei unterschiedlichen Zielen dienenden Teile der Veröffentlichung in einem - für die praktische Benutzung zudem wenig handlichen - Stehordner zu vereinigen, drei getrennte Veröffentlichungen vorzulegen. Eine solche Entscheidung hätte sicherlich auch der Verbreitung der in der Katalog-Veröffentlichung enthaltenen Informationen gedient. Der Ausstellungskatalog hätte einem breiten Publikum wohlfeiler angeboten, der technikgeschichtliche Teil einem spezielleren Publikum mit einigen zusätzlichen Informationen als wissenschaftliche Veröffentlichung zugänglich gemacht werden können.

Rundfunk im Museum - diese Vorstellung verliert jede Irritation in der Praxis der musealen Präsentation von "Situationen", in denen das Medium im Kontext der geschichtlichen Erfahrung vorgestellt wird. Das Deutsche Rundfunk-Museum hat mit der Präsentation der Ausstellung "Fünfzig Jahre Deutscher Rundfunk" in diesem Sinne einen wichtigen Ansatz präsentiert. Aber trägt dieser vielversprechende Ansatz schon die Idee eines Deutschen Rundfunk-Museums? Walter Först hatte im Januar 1975 am Ende eines Berichtes "Über erste Ausstellungserfahrungen" (1/1975, Nr. 2, S. 9-11) angemerkt: "Ausstellungen (könnten) dazu beitragen, der Rundfunkgeschichte den Stellenwert zu verschaffen, der ihr zukommt, wenn die Geschichte des Mediums als ein wichtiger Beitrag zur Zeitgeschichte gesehen wird." Die spezifische Funktion des Mediums im zeitgeschichtlichen Kontext in einem Museum darzustellen, bedarf es gewiß einer stringenteren Konzeption, als sie bislang in Berlin verwirklicht werden konnte. Dabei ist die Erfassung von Objekten der Rundfunkindustrie zur Sicherung von Beispielen zur Entwicklung der Empfangstechnik sicherlich ein Aspekt. Aber so legitim die technikgeschichtliche Interessenrichtung ist, so bleibt dieser Aspekt doch nur einer unter anderen in einem dem Medium insgesamt verpflichteten Museum. Im Zentrum einer jeden rundfunkbezogenen musealen Konzeption sollte - so erwartet dies gewiß nicht nur der Zeithistoriker - doch stets das Programm als der wichtigste Bereich der erfahrbaren und mit wissenschaftlichen Methoden auch historisch fixierbaren Präsenz des Mediums stehen. Die Schwierigkeiten einer Präsentation des Programms sollen gewiß nicht unterschätzt werden. Die in der Frühzeit fehlenden akustischen Aufzeichnungsmöglichkeiten gebieten den Rückgriff auf sekundäre Informationen wie Manuskripte, Programminweise, schriftliche Überlieferungen aller Art und schließlich auf photographische Quellen. Hier aber läge das Feld einer intensiven Kooperation des Deutschen Rundfunk-Museums nicht nur mit "ähnlichen Einrichtungen anderer Staaten" und mit der "internationalen wissenschaftlichen Fachwelt", sondern gewiß auch mit dem Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt und mit archivischen Einrichtungen, primär der ARD-Anstalten, darüberhinaus aber auch staatlicher Archive.

Seinen Bericht über die rundfunkhistorische Sammlung der "Nederlands Omroep Stichting", die im Kern ein umfassendes Ensemble von Objekten für ein künftiges Rundfunkmuseum in den Niederlanden darstellt, leitete Wolf Bierbach mit der Bemerkung ein, daß "noch immer eine Neigung zu ahistorischem Denken" die Realität der Rundfunkpolitik auch in der Bundesrepublik Deutschland kennzeichne (2/1976, Nr. 1, S. 8 ff). So wenig eine solch pauschalierende Einschätzung der Rezeptionspraxis der Ergebnisse der rundfunkgeschichtlichen Forschung in der praktischen Rundfunkarbeit der Gegenwart im Grundsatz bestritten werden soll, so nachdrücklich bleibt ihr jedoch die Frage zur Seite zu stellen, ob denn die Präsentation der Ergebnisse rundfunkgeschichtlicher Forschungen eine Rezeption ihrer Ergebnisse tatsächlich erleichtert. Bezogen auf die Arbeit des Deutschen Rundfunk-Museums sei deshalb die Frage angemerkt, ob dessen Konzeption bereits ausreicht, um ihm die erwünschte und erhoffte breitere Unterstützung zu sichern. Rundfunk im Museum - das bleibt vorderhand noch eine programmatische Idee, die der Präzisierung von Zielvorstellungen und praktischen Arbeitsrichtungen bedarf. Diese Aufgabe ist aber sicherlich nicht allein den Mitgliedern des Vorstands des Museums gestellt, es ist die Aufgabe aller um die Wertung des Mediums im Kontext der Zeitgeschichte bemühten Einrichtungen. Die Chance, die die Idee nicht zuletzt auch dadurch bietet, daß von der Arbeit eines Rundfunk-Museums Impulse für die einzelnen Rundfunkanstalten ausgehen könnten, z.B. für von diesen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit veranstaltete historisch gewandte Ausstellungen, liegt auf der Hand. Die Berliner Initiative lohnt eine gemeinsame Anstrengung!

Der Katalog, der ständig wächst!



Das Deutsche Rundfunk-Museum Berlin, hat erstmalig einen Katalog herausgegeben, der den Bestand des Museums wiedergibt. Nebeneinander werden die Gerätesammlung in Bild und technischer Beschreibung, die Ausstellung „50 Jahre deutscher Rundfunk“ und die von Ausstellungen unabhängig ständig bestehenden Einrichtungen des Museums – wie eine komplette Amateurfunkstation für alle Betriebsarten und ein „Kunstkopf“-Demonstrationsraum – vorgestellt. Historische Erläuterungen werden soweit gegeben, wie sie zum Verständnis der dargestellten Situationen notwendig sind.

Wie das Museum soll der Katalog als Einheit verstanden werden, in der die Entwicklung technischer Geräte in über einem halben Jahrhundert ein Medium, das

anfangs wenige unterhielt, zum alles beeinflussenden Massenmedium gemacht hat. Für den Katalog wurde die Form der Losen-Blatt-Sammlung gewählt, um ihn ständig ergänzen zu können. Die im Untergeschoß des Museums zur IFA 75 eröffnete Ausstellung „Rundfunk in aller Welt“ wird als erste Ergänzung in diesem Jahr in den Katalog aufgenommen wie auch ca. 20 neue Exponate.

Der Katalog wird zu einem Preis von DM 40,- verkauft. Bisherigen Käufern gehen die Ergänzungsblätter kostenfrei zu.

Bezugsquelle: Deutsches Rundfunk-Museum
Hammar skjöldplatz 1 · 1000 Berlin 19
Telefon: 030 - 302 81 86